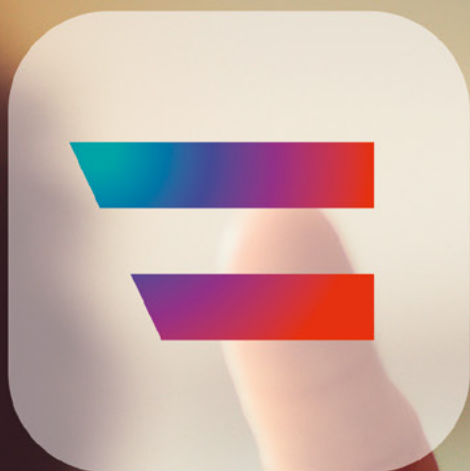


Digitalisierungsbericht

#3



READY FOR THE FUTURE

Smart verwalten.
Zukunft gestalten.



Smarte Bürgernähe



„Durch smarte Digitalisierung können wir viele Dinge einfacher, besser, effizienter und schneller machen.“

Das Bundesministerium für Finanzen war, ist und bleibt Pionier, wenn es darum geht, Leistungen digitaler, bürgernäher und effizienter zu machen. Mit unserem FinanzOnline-Portal, dessen Funktionalitäten laufend weiterentwickelt werden, betreiben wir das bekannteste und am meisten genutzte eGovernment Angebot in ganz Österreich.

FinanzOnline ist ein exzellentes Beispiel dafür, wie wir durch smarte Digitalisierung Dinge einfacher,

besser, effizienter und schneller machen können. Denn nicht die Bürger:innen und Unternehmer:innen, sondern die Daten sollen „laufen“. Die digitale Transformation gibt uns die Möglichkeit, Prozesse und Abläufe viel moderner – etwa nach dem „Once-Only-Prinzip“ – zu gestalten sowie neue Formen der Steuerung zu etablieren. Die kluge und sichere Vernetzung von Daten und Registern ist dafür eine notwendige Voraussetzung.

Der vorliegende dritte Digitalisierungsbericht zeigt in diesem Sinn, wie wir in Österreich auf Bundes- und Länderebene konkrete Schritte von eGovernment zu „Smart Government“ gehen. Ich danke allen, die sich dafür auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene einsetzen, für ihre Leistungen.

Unser gemeinsamer Anspruch muss es sein, dass wir bei der Digitalisierung ganz vorn dabei sind, weil das für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, aber auch für Bürgernähe und Lebensqualität im Alltag den Unterschied macht.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen eine zukunftsreiche Lektüre mit dem dritten Österreichischen Digitalisierungsbericht 2022!

Dr. Magnus Brunner, LLM
Bundesminister für Finanzen

Mehr aus der Digitalisierung machen

In wirtschaftlich fordernden Zeiten sind die Auswirkungen erfolgreicher digitaler Transformation auf BIP-Wachstum und Arbeitsplätze besonders bedeutend. Studien zeigen uns, dass Investitionen in Digitalisierung bis zu 1,9% zusätzliches BIP-Wachstum und jährlich rund 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen können. Besondere Potenziale stecken in der „Künstlichen Intelligenz“: Allein der verstärkte Einsatz Künstlicher Intelligenz-Anwendungen kann Österreich bis 2035 rund sieben Milliarden Euro mehr Wertschöpfung bringen. Neben der offensiven Nutzung dieser Potenziale ist es wichtig, immer auch die Herausforderungen neuer Technologien im Blick zu haben. Gerade in der Arbeitswelt kommen neue Herausforderungen durch KI-Anwendungen auf uns zu, die wir aktiv gestalten müssen. Auch bei der Regulierung von KI müssen wir auf europäischer Ebene rasch handeln – und dürfen die Regeln nicht länger als nötig von den KI-Anbietern machen lassen.

Dass erfolgreiche Digitalisierung nicht nur innovative Technologien, sondern immer auch verantwortungsvolle politische Gestaltung braucht, zeigt der vorliegende Digitalisierungsbericht zum Thema „Smart Government“. Wir präsentieren darin smarte



„Die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft sind gestellt.“

Lösungen des Bundes und der Länder, die neue Qualitäten bei Bürgernähe sowie Regierungs- und Verwaltungshandeln eröffnen. Dies ist natürlich stets auch eine Frage der digitalen Kompetenzen, weshalb wir 2022 auch unsere großangelegte Digitale Kompetenzoffensive gestartet haben.

Die Weichen für eine erfolgreiche digitale Zukunft in Österreich sind gestellt: Jetzt geht es darum, gemeinsam mehr aus den Potenzialen der digitalen Transformation zu machen. Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihren Einsatz!

Florian Tursky, MSc MBA
Staatssekretär
für Digitalisierung und Telekommunikation



Ressourcen digital schonen

Digital werden, ist mehr als neue Algorithmen, Codes und Maschinen. Menschen prägen mit ihrem Engagement, ihrer Kreativität und ihrer Kooperationsfähigkeit die digitale Zukunft. Um die gemeinsam gesteckten Ziele einer nachhaltigen Digitalisierung zu erreichen, ist koordinierte und sektorübergreifende Anstrengung erforderlich.

Die Umsetzung der „Digitalen Kompetenzoffensive“ zeigt beispielsweise, wie notwendig und erfolgreich das fachbereichsübergreifende Zusammenwirken verschiedener – in diesem Falle vierer – Ressorts ist.

Der No-Stop-Shop „Klimabonus“ war nur durch die Zusammenarbeit von vier Ministerien und die Sozialversicherungen möglich. Der kooperative Umgang mit verknüpfbaren Daten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten ist hier die bestimmende Triebkraft.

Hinter dem digitalen Parteienverkehr von heute stehen neuerlich Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung. Nicht mehr unmittelbar aber doch persönlich sollen sie die eigenen Ressourcen und jene von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen langfristig schonen. Neben dem Erhalt von Klassikern des eGovernments wie FinanzOnline oder EDM wird stets weiter gearbeitet: Vom Ausbau der e-Zustellung, dem vollelektronischen Begleitschein für Gefahrguttransporte bis zum Einsatz von KI im Bürger:innenkontakt zum Klimabonus. Klar ist dabei, dass hinter Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung Menschen stehen.



**„Wir stützen
und fördern neue,
digitale Technologien
mit Fokus auf die
Nachhaltigkeit.“**

Auch der Klimaschutz endet nicht vor der Tür des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie. Klimaschutz ist ebenfalls Querschnittsmaterie. Digitalisierung und Klimaschutz wirken aufeinander ein. Wir stützen und fördern neue, digitale Technologien mit Fokus auf die Nachhaltigkeit (z.B. die Green AI Förderung des BMKs). Ich bin gewiss: Klimaneutralität bis 2040 und Energiewende – nicht zuletzt durch nachhaltige Digitalisierung – sind unser Auftrag und bedeutender Impuls für unser gesamtes Wirtschaften.

Leonore Gewessler, BA

Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie

Inhalt

| | |
|---|----------|
| Vorworte | Seite 6 |
| Österreich im internationalen Digital-Vergleich | Seite 12 |
| Am Weg an die Spitze | Seite 16 |
| „Smart Government“ kann mehr! | Seite 20 |
| KI in der Verwaltung | Seite 22 |
| Gemeinsam für mehr digitale Kompetenzen | Seite 26 |
| Strategische Grundlagen für erfolgreiche Digitalisierung | Seite 32 |
| Digitale Infrastruktur für Wachstum und Zukunft | Seite 34 |
| Smartes Dashboard | Seite 38 |
| Drehscheibe & Landkarte für vernetzte Daten | Seite 40 |
| Bundeskanzleramt der Republik Österreich Kräfte smart bündeln | Seite 46 |
| Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft Digital mehr unternehmen | Seite 48 |
| Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung Digital fit und smart | Seite 50 |
| Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Grenzenlos smart | Seite 52 |
| Bundesministerium für Finanzen Strenge Rechnung, smartes Service | Seite 54 |
| Bundesministerium für Inneres Sicher smart | Seite 56 |
| Bundesministerium für Justiz Digitale Verfahren | Seite 58 |
| Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Klima smart schützen | Seite 60 |
| Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport Sichere elektronische Zustellung für alle | Seite 62 |

| | |
|--|----------|
| Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft | |
| Smartes Land | Seite 64 |
| <hr/> | |
| Bundesministerium für Landesverteidigung | |
| Smartes Heer | Seite 66 |
| <hr/> | |
| Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz | |
| Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung | Seite 68 |
| <hr/> | |
| Burgenland | |
| Digital sozial | Seite 73 |
| <hr/> | |
| Kärnten | |
| Digital first mit „diva“ | Seite 75 |
| <hr/> | |
| Österreichischer Städtebund | |
| Smarte Städte | Seite 76 |
| <hr/> | |
| Niederösterreich | |
| Digitalisierung smart denken und umsetzen | Seite 79 |
| <hr/> | |
| Oberösterreich | |
| Smarter Standort | Seite 81 |
| <hr/> | |
| Salzburg | |
| Natürlich digital | Seite 83 |
| <hr/> | |
| Österreichischer Gemeindebund | |
| Smart vor Ort | Seite 84 |
| <hr/> | |
| Steiermark | |
| Smarte Infrastrukturen | Seite 87 |
| <hr/> | |
| Tirol | |
| Smarte Wege für alle | Seite 89 |
| <hr/> | |
| Vorarlberg | |
| Smarte Zusammenarbeit | Seite 91 |
| <hr/> | |
| Wien | |
| Digitale Service-Stadt | Seite 93 |
| <hr/> | |
| Impressum | Seite 94 |
| <hr/> | |

Österreich im internationalen Digital-Vergleich

Österreichs Digitalisierungspolitik stärkt Bürgernähe und Wirtschaftsstandort: In den Digital-Rankings DESI, eGovernment Benchmark und eGovernment Monitor entwickelt sich Österreich in wichtigen Bereichen im Berichtszeitraum zielgerichtet weiter.



80 %

der Bürger:innen kennen
oesterreich.gv.at

Österreich im eGovernment Monitor

Die Studie eGovernment Monitor liefert seit 2012 jährlich ein umfassendes Lagebild zu Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsangebote in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die aktuelle Untersuchung zeigt:

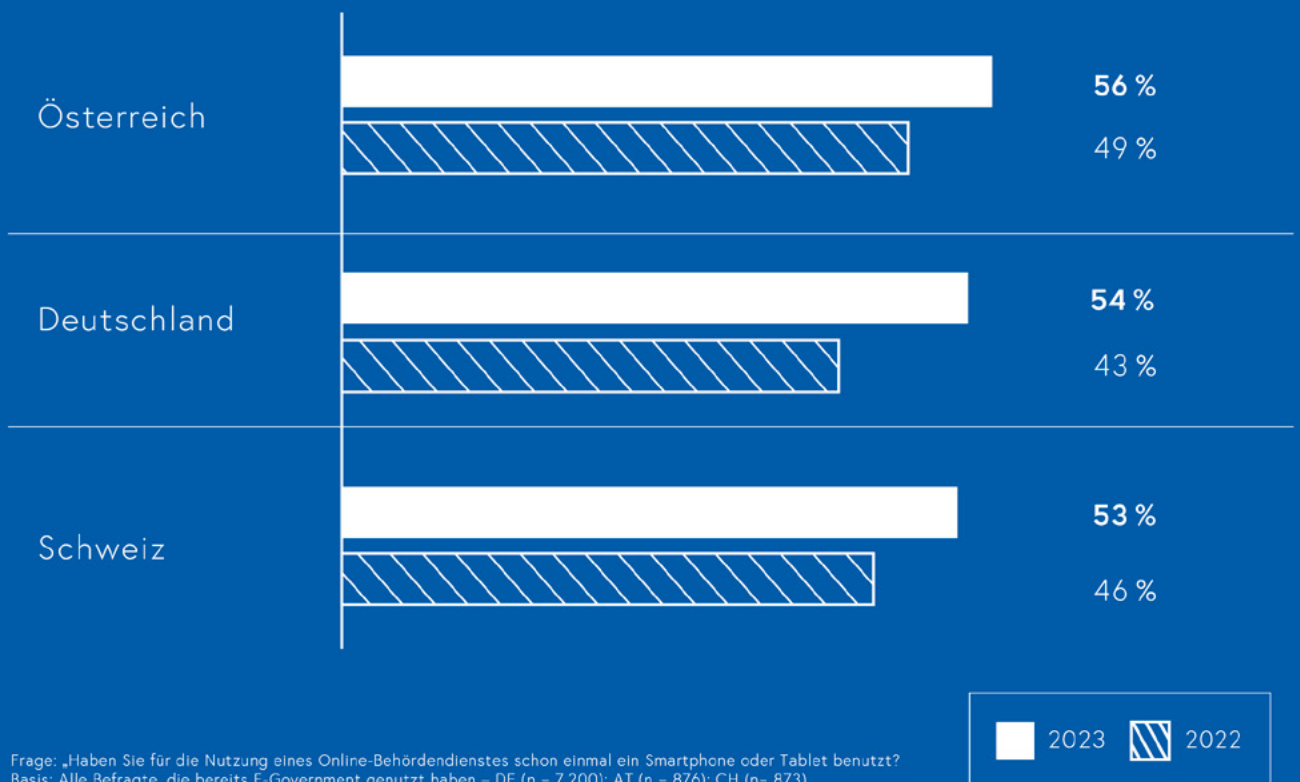
- Bei der Bekanntheit von gebietskörperschaftsübergreifenden Verwaltungsportalen liegt Österreich mit oesterreich.gv.at weiterhin deutlich vor Deutschland und der Schweiz. In Österreich kennen 80% der Bürger:innen oesterreich.gv.at.
- Österreich weist mit 70% die höchste Nutzungsquote bei eGovernment Angeboten auf (Schweiz: 60%, Deutschland: 56%).
- Bei der mobilen eGovernment Nutzung liegt Österreich mit 56% vor Deutschland (54%) und der Schweiz mit 53%. Österreich verzeichnet damit einen deutlichen Anstieg in der mobilen Nutzung via Smartphone bzw. Tablet von 7% im Vergleich zur Studie 2022.

Österreich im eGovernment Benchmark

Der eGovernment Benchmark untersucht seit 2001 jährlich digitale Verwaltungsservices. Für das Jahr 2022 wurden diese in 35 Ländern (27 EU-Mitgliedstaaten sowie Albanien, Island, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Schweiz, Serbien und der Türkei) untersucht. In der aktuellen Untersuchung belegt Österreich Platz 14 (78 Punkte), liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt und ist im D-A-CH-Vergleich klarer Vorreiter (Deutschland: Platz 21, Schweiz: Platz 29). Österreich hat sich im Vergleich zum Vorjahr bei zahlreichen Indikatoren insgesamt um 2% verbessert – dies besonders stark in den Kategorien „Transparency of service delivery“ (+4,0%) und „Cross-border online availability“ (+3,7%). Höchste Benutzerfreundlichkeit wird in diesem Ranking am Anteil der proaktiven Servicebereitstellung gemessen: Hier liegt Österreich nach Malta und Luxemburg sogar auf Platz drei (18%, 15% bzw. 14%). Österreich belegt laut Benchmark jeweils Platz 4 bei „Mobile Friendliness“, „Cross Border eID“ und „Digital Post“. Als international bedeutende Good Practices weist der eGovernment Benchmark die Services eAusweise App und digitalen Führerschein, Zoll4D und Grant4Companies aus.

Mobile Nutzung von eGovernment

Frage: Haben Sie für die Nutzung eines Online-Behördendienstes schon einmal ein Smartphone oder Tablet benutzt?



In allen Ländern steigt die mobile Nutzung von eGovernment deutlich an.

Zahlen im Detail aus Österreich

Frauen nutzen Online-Behördendienste öfter mobil als Männer

Frauen **60 %**
Männer **53 %**

Formale Bildung wirkt sich direkt proportional aus, hoch Gebildete nutzen Online-Behördendienste häufiger mobil

63 %

Höchste Nutzung von Online-Behördendiensten bei Gen Y

67 %

Österreich im eGovernment Benchmark

Der eGovernment Benchmark untersucht seit 2001 jährlich digitale Verwaltungsservices in 35 Ländern. Österreich hat sich bei zahlreichen Indikatoren insgesamt um 2 % verbessert.



Kategorie „proaktive Servicebereitstellung“



Kategorie „Mobile Friendliness“



Kategorie „Cross Border eID“



Kategorie „Digital Post“

DESI 2023 – Relatives Ergebnis nach Messdimensionen

| | Österreich DESI | | | EU DESI | |
|--------------------------------------|-----------------|------|------------|---------|-----------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2023 | ZIEL 2030 |
| Internet-Nutzung | 86 | 89 | 90 | 89 | |
| Digitale Grundkenntnisse | k.A. | 63 | 63 | 54 | 80 |
| Fortgeschrittene digitale Kenntnisse | k.A. | 33 | 33 | 26 | |
| Grundkenntnisse Content Creation | k.A. | 75 | 75 | 66 | |
| Unternehmen mit IT-Schulungen | 18 | 18 | 20 | 22 | |
| IT-Fachleute (15–74 Jahre) | 4,5 | 4,5 | 5,0 | 4.6 | 10 |
| IT-Absolventen | 4,5 | 4,4 | 4,8 | 4.2 | |

Der DESI 2023 basiert hauptsächlich auf Daten aus dem Jahr 2022, passend zum Berichtszeitraum des vorliegenden Digitalisierungsberichts. | Angaben in Prozent.

Bei den IT-Fachkräften gelang Österreich eine überdurchschnittliche Steigerung von 4,5 % im Jahr 2022 auf 5 % der Beschäftigten im Jahr 2023.

4,5 % → **5 %**
2022 2023



Österreich im DESI

Der DESI (Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft) ermöglicht ein jährliches Monitoring des digitalen Fortschritts der 27 EU-Mitgliedstaaten mit aktuell 32 Indikatoren aus den vier Bereichen Humankapital, Konnektivität, Digitalisierung der Unternehmen und Digitale Verwaltungsservices. Die Indikatoren werden laufend an technologische Entwicklungen und europäische Schwerpunkte bzw. Zielvorgaben angepasst. Die damit verbundenen Änderungen in Struktur und Methodik des DESI erschweren die Vergleichbarkeit der Länderergebnisse mit jenen der Vorjahre. Aus diesem Grund verzichtet der DESI 2023 auf Länderrankings.

Die Daten des DESI-Index zeigen klar, dass Österreich die digitale Transformation professionell für den Standort nützt: Österreich erzielt überdurchschnittliche Ergebnisse bei Humankapital, Digitalisierung von Unternehmen und digitalen Verwaltungsservices. Der Abstand zum Schnitt der EU-27 fällt in den Messdimensionen Humankapital und digitale Verwaltungsservices am deutlichsten aus.



*Österreich punktet
überdurchschnittlich
in Humankapital,
Unternehmensdigitalisierung
und digitalen
Verwaltungsservices*

Am Weg an die Spitze

Die Bundes-CDOs Maria Ulmer (BMF) und Joachim Tischler (BMK) über Österreichs Digital-Performance, den Weg vom eGovernment zu Smart Government, KI in der Verwaltung und digitale Kompetenzen in Österreich.



Bundes-CDO
SCⁱⁿ Mag.^a Maria Ulmer

„Fragt man ChatGPT nach einer Definition von „Smart Government“, dann erfährt man, dass sich der Begriff „Smart Government“ auf die Nutzung von Technologie und datenbasierten Ansätzen (bezieht), um die Effizienz, Transparenz und Effektivität der Regierungsführung zu verbessern und gleichzeitig die Bürgerbeteiligung und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu erhöhen.“ Einverstanden?

Ulmer: Ja, darum geht es. Durch automatisierte digitale Prozesse und intelligente Datennutzung wird's für Bürger:innen einfach und günstiger, während Regierung und Verwaltung effizienter und wirksamer arbeiten können. Entscheidend für „Smart Government“ ist natürlich auch, dass dafür unterschiedliche Datenschätze erschlossen werden können. Daran arbeiten wir. Ein Beispiel: Im Rahmen des behördenübergreifenden Register- und Systemverbunds dadeX machen wir Registerdaten für unterschiedliche berechnigte Behörden über eine technische Schnittstelle zugänglich.

Tischler: Registerdaten können dann etwa automatisch genutzt werden, ohne dass zusätzlicher Aufwand für Datenerhebungen etwa bei Förderungen oder Beihilfen entsteht. Beim Klimabonus setzen wir das um. Das ist in jeder Hinsicht smart – und ermöglicht für Bürger:innen, Unternehmen und Verwaltung erhebliche Vereinfachungen und Entlastungen.

Der klassische Amtsweg wird dann Geschichte?

Ulmer: Es ist ein zentrales Anliegen, die Amtswege für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiter zu vereinfachen und zu digitalisieren. Damit fast alle Behördengänge auch digital und mobil angeboten werden können, spielt die ID Austria eine zentrale Rolle. Sie ist der persönliche Schlüssel zu allen eGovernment Anwendungen. Mit der App eAusweise und dem digitalen Führerschein ist uns der erste wesentliche Schritt ja schon gelungen. Dem digitalen Führerschein wird der elektronische Zulassungsschein folgen. Ziel ist es, so viele Ausweise und Nachweise wie möglich auf dem Handy zur Verfügung zu stellen. Das Smartphone fordert und fördert „Smart Government.“



*ID Austria als
persönlicher Schlüssel
zum Smart Government*



**Bundes-CDO-Stv.
AL Ing. Joachim Tischler, MSc**

Wie bewerten Sie Österreichs Performance bei digitalen Services?

Tischler: Da kann man ruhig internationale Rankings sprechen lassen. Da zeigt zum Beispiel der eGovernment Benchmark 2023: Wir liegen klar über dem EU-Durchschnitt und sind im D-A-CH-Vergleich klarer Vorreiter. Österreich hat sich im Vergleich zum Vorjahr bei zahlreichen Indikatoren und insgesamt um 2% verbessert.

Ulmer: Besonders erfreulich für uns: Unsere Services eAusweise App und digitaler Führerschein, Zoll4D und Grant4Companies werden als international bedeutende Good Practices gewürdigt. Die Ergebnisse des eGovernment Benchmark sind also ein klarer Auftrag, weiterhin intensiv an der Ausweitung des Angebots zu arbeiten. Wir sind da gut unterwegs – und am Weg an die Spitze.

Um digitale Angebote nutzen zu können, braucht es digitale Kompetenzen. Hier hat Österreich aber Handlungsbedarf. Was soll die 2022 gestartete Digitale Kompetenzoffensive bringen?



Erfolgreiche Digitalisierung ist auch eine Bildungsfrage

Ulmer: Die besten digitalen Angebote und technologischen Neuerungen sind wertlos, wenn sie von Bürgerinnen und Bürgern nicht richtig genutzt werden können. Erfolgreiche Digitalisierung ist nicht nur eine technologische Frage, sondern eine Bildungsfrage. Dafür müssen wir unsere Kompetenzen in diesem Bereich stetig weiterentwickeln. Laut DESI-Index fehlt es etwa 30–40% der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren an digitalen Basiskompetenzen. Genau hier setzt die Digitale Kompetenzoffensive an. Das ist ein nationaler Kraftakt für gezielte digitale Kompetenzen in ganz Österreich. Dafür wurde in einem großen, bundesweiten Stakeholderprozess gemeinsam eine sehr gute und fundierte Strategie entwickelt. Die zentralen Ergebnisse werden in einem Kompetenzpaket für digitale Kompetenzen in die Umsetzung gebracht.



Das Thema „Technologieoffenheit“ stellt sich auch im Bereich der Digitalisierung als Herausforderung dar. Wie gehen Sie mit den Befürchtungen um, dass wir die Kontrolle über KI verlieren? Oder mit den wachsenden Risiken bei der Cybersicherheit?

Tischler: Beim Thema Cybersicherheit ist es besonders wichtig, Prävention durch Aufklärung und Bildung zu betreiben. Auch beim Thema KI braucht es Information und Aufklärung, aber natürlich auch Regulierung. Hier ist die europäische Ebene mit dem AI Act der EU von großer Bedeutung.

Ulmer: Laut eGovernment Monitor sehen die Österreicher:innen klare Vorteile beim Einsatz von KI: 56 % erwarten eine Verkürzung der Bearbeitungszeit bei Amtswegen durch den Einsatz von KI. 35 % erwarten sich eine Reduktion von Bearbeitungsfehlern und 33 % denken, dass Entscheidungen durch den Einsatz von KI objektiver werden. Wichtigster Faktor für die Akzeptanz ist die Frage der finalen Entscheidung, die für 48 % durch den Mensch erfolgen soll. Diese Daten bestätigen unseren Kurs, dass KI bessere und schnellere Entscheidungsgrundlagen schaffen soll, aber natürlich nie autonom entscheidet. Und es muss immer klar sein, an welchen Prozessen KI beteiligt ist.

Was ist aus Ihrer Sicht als Bundes-CDOs die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung in Österreich?

Tischler: Dass unsere Digitalisierungsportfolios wachsen, passiert nicht von selbst. Es sind viele Handgriffe und Argumente für jeden Schritt erforderlich. Zwischenmenschliche Kompetenz ist Digitalisierungsvoraussetzung.

Ulmer: Die Kooperation ist in jeder Hinsicht erfolgsentscheidend. Wir sehen das auch an der eGovernment Strategie, an der über 80 Vertreter:innen von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden gemeinsam gearbeitet haben. Digitale Erfolgsgeschichten brauchen strategisch fundierte, klug geplante und gemeinsam umgesetzte Kooperationen. Dafür sind wir auch beide selbst ein gutes Beispiel.



56 %

erwarten eine Verkürzung der Bearbeitungszeit bei Amtswegen durch den Einsatz von KI

Smart Government kann mehr!

Mehr Servicequalität für Nutzer:innen, mehr Effizienz und bessere Steuerung für Staat und Verwaltung: Von der Weiterentwicklung von eGovernment zu „Smart Government“ profitieren Bürger:innen, Unternehmen und Verwaltung.

In einem White Paper der Zeppelin-Universität aus dem Jahr 2015 wird „Smart Government“ weitgehend als vierter „revolutionärer Entwicklungssprung“ in Staat und Verwaltung qualifiziert: Nach der Einführung der Kameralwissenschaft im absolutistischen Staat, der Bürokratie im 19. Jahrhundert und der informationstechnischen Systeme im öffentlichen Sektor im 20. Jahrhundert steht nun der „smarte Staat“ am Programm. „Ein smarterer Staat, seine smarten Behörden und smarte Beamte werden deren Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung nutzen. Aber auch smarte Bürger und smarte Unternehmen werden sich diesen Potentialen zur Einbringung und Durchsetzung ihrer eigenen Anliegen nicht verschließen wollen“, heißt es im White Paper des „Open Government Instituts“ der Zeppelin-Universität. Die Perspektive für die Zukunft war für die Forscher:innen schon vor Jahren klar: „Ansätze eines smarten Regierungs- und Verwaltungshandelns auf Grundlage einer intelligenten Vernetzung vorhandener und neuer Objekte eröffnen Staat und Verwaltung ganz neue Möglichkeiten. In ihrer Summe können diese zur weiteren Steigerung der Lebensqualität, zur Verbesserung der Standortqualität und zur Stärkung der Bürgerorientierung beitragen.“

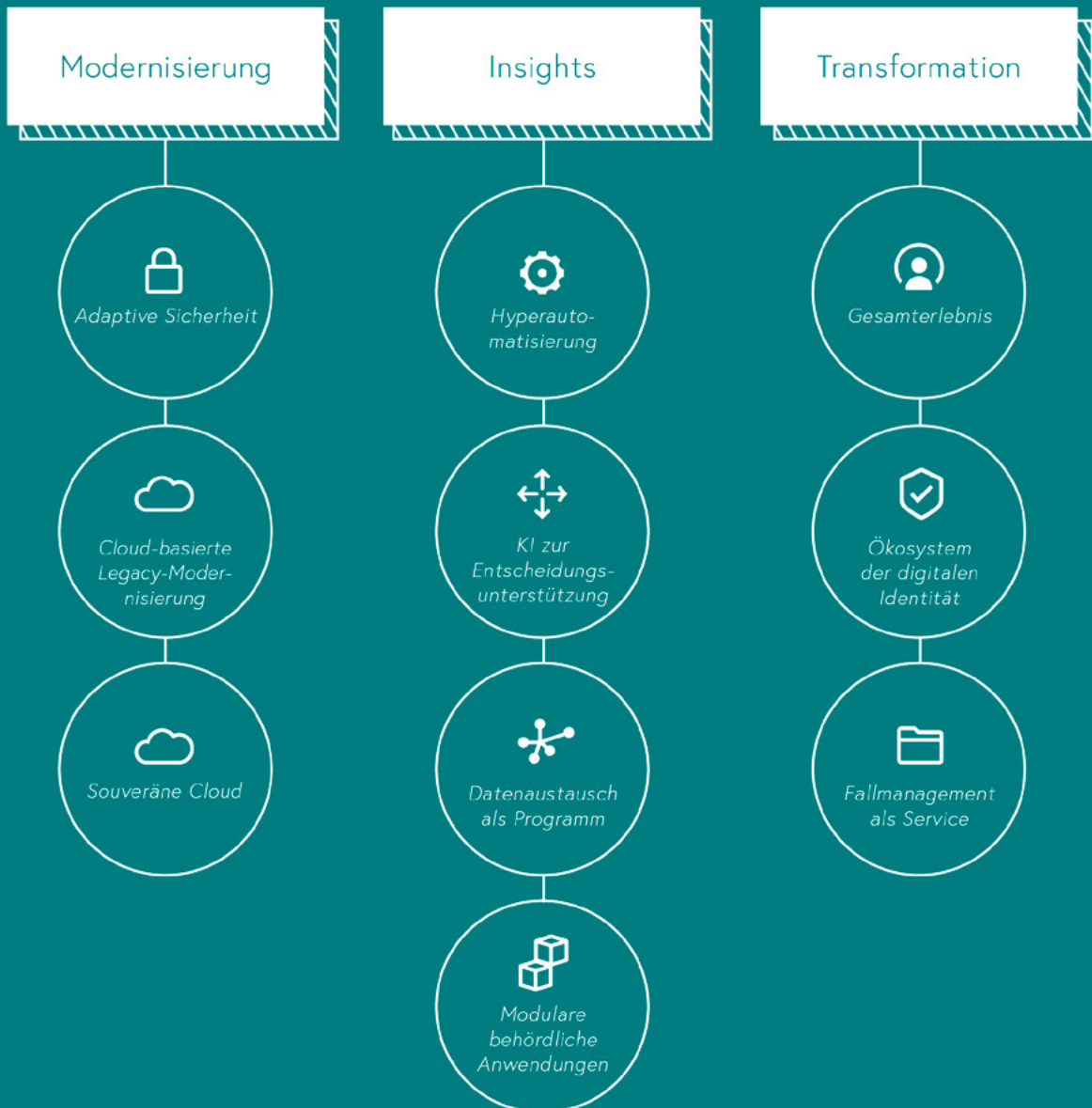
Intelligente Vernetzung

In der Zwischenzeit hat sich „smart government“ als Begriff und Ansatz weitgehend etabliert. Darunter verstehen Fachleute und Praktiker:innen heute generell die Abwicklung von Prozessen rund um Regieren und Verwaltung mit intelligent vernetzten Informations- und Kommunikationstechnologien. „Smart government“ nutzt zur intelligenten Vernetzung heute zunehmend Künstliche Intelligenz, Big Data oder Cloud-Computing. Die Analyse der wichtigsten Technologietrends für Regierungshandeln durch das Beratungsunternehmen Gartner zeigt klar, dass die Zukunft immer „smarter“ wird (siehe Grafik Seite 21).



Gesamten Artikel lesen
auf www.zu.de

Gartner Top Technologie-Trends für öffentliche Verwaltungen



Quelle: Gartner (April 2023)

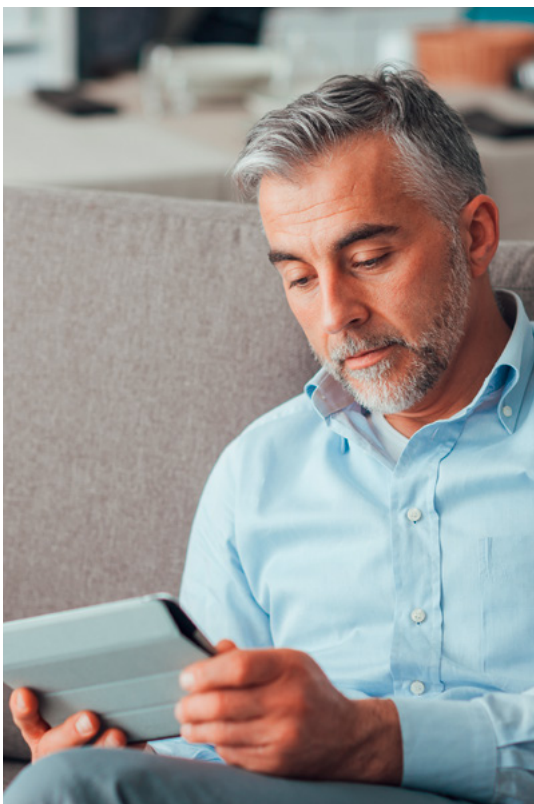
Smarte digitale Lösungen sind damit weit mehr als E-Government – und der entscheidende Schritt hin zu einer Verwaltung, in der tatsächlich die Daten laufen, und nicht mehr Bürger:innen, Unternehmen oder Mitarbeiter:innen der Verwaltung. Gleichzeitig ermöglicht die Vernetzung und Auswertung des bestehenden Datenschatzes, daraus konkrete Erkenntnisse für das künftige Verwaltungs- und Regierungshandeln zu ziehen. Das Ergebnis: Verwaltung und Regierung können effizienter handeln, mehr Servicequalität bieten, auf Entwicklungen frühzeitig reagieren und mehr Transparenz möglich machen.

KI in der Verwaltung

Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) werden heute in vielen Bereichen diskutiert. In Österreich setzt die Verwaltung bereits innovative KI-Lösungen ein. Damit können etwa Steuerhinterziehung und Zollbetrug erfolgreich aufgedeckt, aber auch Förderungen zielgerichtet weiterentwickelt werden.



Das Predictive Analytics Competence Center (PACC) des Finanzministeriums setzt heute schon auf Künstliche Intelligenz.



Die Steuermoral in Österreich ist erfreulich hoch. Umso wichtiger ist es, Fairplay gegenüber allen zu gewährleisten, die ihre Steuern und Abgaben ordnungsgemäß zahlen – und Steuersünder zur Verantwortung zu ziehen. „Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat und fügt zudem ehrlichen Unternehmen großen Schaden zu. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass für alle Menschen und Unternehmen in Österreich die gleichen Rahmenbedingungen gelten und Regeln eingehalten werden“, so Finanzminister Magnus Brunner. Um für mehr Gerechtigkeit für alle zu sorgen, setzt das Predictive Analytics Competence Center (PACC) im Finanzministerium auch Künstliche Intelligenz ein. Sie kann aus einer Vielzahl an Datenquellen potentielle Betrugs-szenarien ableiten. Eingesetzt wird Predictive Analytics unter anderem für die Auswahl von Betriebsprüfungen, für Plausibilitätsprüfung von Steuererklärungen sowie für die Bewertung von Neugründungen und Anträgen aller Art. Damit kann nicht nur Steuerhinterziehung, sondern auch Zollbetrug leichter aufgedeckt und eingedämmt werden.



Spezielle Algorithmen und Datenanalyse

„Das Spektrum an Betrug ist breit und reicht von Umsatzverkürzungen in Bilanzen über Falschangaben im Bereich der Aufwendungen bis zur Angabe von nicht der Realität entsprechenden Vermögensverhältnissen. All diese Aktionen zielen darauf ab, die Steuerbelastung unrechtmäßigerweise so gering wie möglich zu halten“, berichtet PACC-Leiter Christian Weinzinger. Sein Team nutzt speziell entwickelte Algorithmen, um diese Unregelmäßigkeiten automatisch zu erkennen und die relevanten Fälle einer gesonderten Prüfung zuzuführen. Dazu führt das PACC Datenanalysen durch. Historische Daten werden für die Erstellung bzw. das Training von mathematischen Modellen verwendet, die dann auf aktuelle Daten angewendet werden. Daraus können anschließend Betrugs-szenarien abgeleitet und eine Risikobewertung durchgeführt werden.

Die vom PACC verwendeten Informationen werden aus internen Datenquellen, wie z.B. Meldedaten von Steuerpflichtigen, Steuerbescheid, Erklärungen, Zollanmeldungen oder auch Daten zu Fahrzeugen, aber auch aus externen Datenquellen wie dem Firmenbuch, dem Grundbuch oder dem Gewerbeverzeichnis gewonnen. Daraus werden die relevanten Informationen pseudonymisiert aufbereitet. Sie dienen als Grundlage für die zu analysierenden Themengebiete des PACC. „Ein wichtiges Tool dafür ist unsere Datenanalyseplattform, für die Aufbereitung von Daten, Erstellung von mathematischen Modellen und Ableitung von Ergebnissen zur Verfügung steht“, so Weinzinger. Zusätzlich setzt das PACC eine Prüfsoftware ein, um vorgefertigte und standardisierte Analysen für die Betriebsprüfung zur Verfügung zu stellen. Dadurch können Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer bei der datengetriebenen Analyse von Finanzdaten unterstützt werden.



Bei Grants4Companies hilft Künstliche Intelligenz, passende Förderungen für Unternehmen zu finden.

Ersparnis von 540 Mio. Euro

Allein 2021 hat das Predictive Analytics Competence Center rund 6 Mio. Arbeitnehmerveranlagungen überprüft. Außerdem wählten die PACC-Profis in den letzten Jahren jährlich rund 5.000 Risikofälle aus, bei denen durch die Finanzverwaltung eine steuerliche Betriebsprüfung oder Zoll-Betriebsprüfung erfolgte bzw. Lohnabgaben- und Beiträge sowie Kurzarbeitshilfen überprüft wurden. Einen Schwerpunkt der Arbeit des PACC 2021 stellten Analysen in Zusammenhang mit den COVID-19-Maßnahmen dar. Hier plausibilisierte das PACC rund 1,4 Mio. Anträge auf COVID-Hilfszahlungen.

Auch 2022 wurden wieder unzählige Arbeitnehmerveranlagungen überprüft und zahlreiche Anträge auf COVID-Hilfszahlungen bewertet. Ein Schwerpunkt war auch die Weiterentwicklung der Echtzeit-Risikoanalyse für eingebrachte Einkommens- und Körperschaftssteuererklärungen. Der Einsatz Künstlicher Intelligenz macht sich jedenfalls mehr als bezahlt: Von Jänner 2020 bis Ende Juni 2022 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PACC mit ihren Analysen und Vorhersagen in den verschiedenen Bereichen den österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in Summe rund 540 Mio. Euro erspart.

Automatisch die richtige Förderung finden

Der Einsatz von KI zur Bekämpfung von Steuer- und Zollbetrug ist kein Einzelfall. Auch in anderen Bereichen setzt die öffentliche Verwaltung auf Künstliche Intelligenz. So machen es KI-Anwendungen möglich, dass Unternehmen rasch zur richtigen Förderung, etwa zur Entwicklung neuer Technologien, kommen. Dafür wurde Grants4Companies entwickelt. Dabei werden Daten über das Unternehmen, die in der Verwaltung bekannt sind, mit den jeweiligen Förderungsvoraussetzungen verglichen. Grants4Companies verwendet Unternehmensdaten, die via Register- und Systemverbund (dadeX) aus den Registern der Verwaltung verfügbar sind. Derzeit betrifft dies Stammdaten des Unternehmens wie Standortdaten, Daten zur Rechtsform oder Daten zum Gebiet der Wirtschaftstätigkeit. Die als passend erkannten Förderungen werden dem Unternehmen vorgeschlagen. Somit spart sich das Unternehmen Zeit und findet auch Förderungen, nach denen es nicht gezielt gesucht hätte. Zusätzlich zu den Unternehmensdaten werden bei Grants4Companies in Zusammenarbeit mit dem Transparenzportal auch – öffentlich zugängliche – Daten über Unternehmensförderungen verarbeitet, insbesondere Name, Beschreibung und Voraussetzungen der Förderung sowie Links auf die Seiten der Förderstellen. Weil Grants4Companies symbolische Künstliche Intelligenz einsetzt, um passende Förderungen aufgrund logischer Regeln zu berechnen, sind die Ergebnisse der Berechnungen nachvollziehbar: Damit können konkrete Begründungen für die Einstufung einer Förderung als passend bzw. nicht passend für ein Unternehmen gegeben werden. Weil Wechselwirkungen zwischen den Kriterien der Förderungen analysiert werden können, lassen sich Analysen der österreichischen Förderlandschaft beispielsweise in Hinblick auf Förderlücken oder Mehrfachförderungen unternehmen. So kann das Förderwesen gezielt weiterentwickelt werden.

Trend frühzeitig erkennen

Auch bei der Weiterentwicklung der Digitalisierung der Bundesverwaltung werden KI-Lösungen eingesetzt. Mit der „Reporting Plattform“ steht ein Management-Tool zur Verfügung, das die Datenschätze der Verwaltung erfasst, visualisiert und sie besser zu heben hilft. Dabei werden zahlreiche Datenquellen aus der Verwaltung mit externen wirtschaftlichen Daten verknüpft und angereichert. Darüber hinaus kommen unterschiedliche Methoden der Prognoserechnung und des Machine Learnings zum Einsatz, um Trends, strukturelle Veränderungen und künftige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Aktuell werden Methoden der Generativen AI erprobt, um Benutzer:innen aus der Verwaltung zusätzliche Hilfestellungen durch natürlichsprachliche Kommunikationsmöglichkeiten für das effiziente Auffinden relevanter Inhalte anbieten zu können. Einmal mehr zeigt sich: Vor Künstlicher Intelligenz, die auf Basis klarer Bestimmungen Entscheidungen unterstützt, muss sich niemand fürchten. Sie bringt Staat, Gesellschaft und Wirtschaft weiter.



Gemeinsam für mehr digitale Kompetenzen

2022 startete nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten die „Digitale Kompetenzoffensive“ für Österreich. Die von den vier Ressorts BMF, BMKOES, BMAW und BMBWF getragene Stakeholder-Initiative bündelt in ganz Österreich Kräfte und Initiativen für mehr digitale Kompetenzen.



60–70 %

der Bevölkerung beherrschen digitale Basiskompetenzen

1

Antwort auf Qualifizierungsbedarf

Mit der im Wirkungsbereich des BMF vom Staatssekretär für Digitalisierung und Telekommunikation, Florian Tursky, koordinierten Initiative setzte sich die Bundesregierung das Ziel, umfassend auf den bestehenden digitalen Qualifizierungsbedarf in Österreich zu reagieren. Laut europäischem DESI-Index fehlt es etwa 30–40 % der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren an digitalen Basiskompetenzen. Große Wissenslücken bestehen laut Erhebungen bei allgemeinen Grundlagen und beim Thema IT-Sicherheit. Gleichzeitig ist der Bedarf an digitalen Qualifikationen in Wirtschaft und Arbeitswelt weiter im Steigen begriffen. Dadurch können insbesondere KMU digitale Technologien nicht ausreichend nutzen. Weitere Herausforderungen für die digitale Fitness in Österreich sind Generationen-, Geschlechter- und Stadt-Land-Gefälle.

Den offiziellen Startschuss für die Kompetenzoffensive markierte ein Vortrag an den Ministerrat zur „Digitalen Kompetenzoffensive für Österreich“ am 2.12.2022. „Damit Österreich von den wirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen der Digitalisierung profitieren kann, sind Breite und Tiefe digitaler Kompetenzen bei Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung unverzichtbar“, so die Initiatoren der Digitalen Kompetenzoffensive, die Bundesminister Magnus Brunner (BMF), Martin Kocher (BMAW) und Martin Polaschek (BMBWF) sowie Vizekanzler Werner Kogler (BMKOES).

2 Mehr Wertschöpfung und Arbeit durch digitale Kompetenzen

Wie wichtig digitale Kompetenzen für Österreichs Zukunft sind, zeigen allein die großen Potenziale erfolgreicher digitaler Transformation für BIP-Wachstum und Arbeitsplätze an: Bis zu 1,9 % zusätzliches BIP-Wachstum sind in Österreich durch Investitionen in Digitalisierung möglich. Durch Digitalisierung könnten jährlich rund 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Schon heute verdankt Österreich jeden zweiten neuen Arbeitsplatz der digitalen Transformation.



1,9 %

*zusätzliches BIP-Wachstum
in Österreich, durch
Digitalisierung*



3

Klare Ziele, konkretes Programm

Die im Ministerratsvortrag verankerten, konkrete Ziele der „Digitalen Kompetenzoffensive“ sehen vor, dass bis 2030 möglichst alle Menschen in Österreich über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen und dass der Anteil der (weiblichen) IT-Fachkräfte gesteigert sowie digitale Talente besser gefördert werden. Die Einführung eines nationalen Referenzrahmens soll digitale Fähigkeiten mess- und vergleichbar machen.

„Mit der „Digitalen Kompetenzoffensive“ unter dem europäischen Dach der „Digital Skills und Jobs Coalition“ wollen wir Österreich zu den europäischen Vorreitern im Bereich der Digital Skills machen und eine starke europäische Achse bei diesem wichtigen Thema aufbauen“, so Staatssekretär Florian Tursky bei der Präsentation.

4

Breite Strategieentwicklung

Das 2022 mit Beschlussfassung der Offensive verabschiedete Maßnahmenprogramm für die kommenden Jahre umfasst u.a. die gemeinsame Strategieentwicklung mit Ländern und Stakeholdern, eine standardisierte Datenbasis über die Statistik Austria, Maßnahmen zur Anhebung von Basiskompetenzen über alle Altersgruppen, die Stärkung der eGovernment Skills und die Steigerung der Awareness bei Berufs- und Ausbildungswahl. Wesentliches Anliegen der Initiative ist auch die bessere Koordination und die Verstärkung laufender Initiativen und Projekte der Ressorts.

Strategie und Arbeitsprogramm der „Digitalen Kompetenzoffensive für Österreich“ wurden in der Folge gemeinsam mit mehr als 500 Expert:innen und Stakeholdern aus allen Bundesländern entwickelt und am 13. Juni 2023 beim Digital Skills Summit präsentiert. Für die Strategie wurden rund 350 Maßnahmen und Initiativen identifiziert, geclustert und gebündelt. Kernstück der Strategie ist das „digitale Kompetenzpaket für Österreich“. Es soll die digitalen Kompetenzen in ganz Österreich durch gezielte Maßnahmen in strategischen Schwerpunktbereichen stärken – von digitalen Basiskompetenzen für die breite Bevölkerung bis hin zu digitaler Spitzenqualifikation für die Wirtschaft.



Rund 350 Maßnahmen und Initiativen wurden für die Strategie identifiziert, geclustert und gebündelt

Mehr auf digitalaustria.gv.at



Schwerpunkte für digitale Kompetenzen

Das Kompetenzpaket bringt insgesamt acht strategische Schwerpunkte für Österreich:

1 Referenzrahmen einführen

Österreich erhält einen nationalen Kompetenzrahmen für digitale Kompetenzen, der gemeinsam eingeführt wird.

2 Niederschwellig bilden

Niederschwellige Angebote werden zielgruppenorientiert weiterentwickelt. Dies erfolgt mit dem Workshop-Programm „Digital überall“ für Basiskompetenzen in jeder Gemeinde in Österreich sowie mit dem Aufbauprogramm „Digital überall PLUS“.

3 Trainer:innen trainieren

Um Akteurinnen und Akteure der Bildungslandschaft bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen zu unterstützen, gibt es Schulungen und Workshops für Erwachsenenbildungs-Einrichtungen, IT-Trainerinnen und -Trainer sowie Multiplikatoren.

4 Skalierung von Maßnahmen

Zur bestmöglichen Nutzung bestehender Ressourcen werden Best-Practices zur Vermittlung digitaler Kompetenzen identifiziert, skaliert und bundesweit angeboten.

5 Öffentlicher Sektor als Vorbild

Der öffentliche Sektor soll als Bildungsanbieter seine Vorbildrolle auch bei der Vermittlung digitaler Kompetenzen umsetzen. Der nationale Referenzrahmen wird u.a. an der Finanzakademie und der Verwaltungskademie eingeführt.

6 IT-Experts entwickeln

Um dem IT-Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird ein Fördercall IT-Experts innovative Umsetzungsideen zur Bekämpfung des IT-Fachkräftemangels unterstützen.

7 Künstliche Intelligenz

Die Verbreitung von KI in der Arbeitswelt soll durch ressortübergreifende Maßnahmen zum Thema „Digitale Kompetenzen und KI“ begleitet werden. Dazu entwickeln Expertinnen und Experten Empfehlungen und einen Fahrplan.

8 International Vorreiter sein

Die Vorreiterrolle Österreichs bei der Vermittlung und Anerkennung digitaler Kompetenzen kommt auch in der Teilnahme an internationalen Initiativen zum Ausdruck. Österreich beteiligt sich etwa an der Pilotierung des European Digital Skills Certificate (EDSC).

Gemeinsame Umsetzung

Umgesetzt wird das Arbeitsprogramm über eine Geschäftsstelle für digitale Kompetenzen, die in Österreichs Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD GmbH) eingerichtet ist. Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt gemeinsam mit den Stakeholdern. Die Bundesregierung wird zudem jährlich einen „Gipfel für Digitale Kompetenzen“ abhalten, um die Wirkungen gesetzter Maßnahmen zu bewerten und Ansätze weiterzuentwickeln.

Mehr auf digitalaustria.gv.at



Kräfte smart bündeln



Heidrun Strohmeier
Programmleitung Digitale
Kompetenzoffensive



Wolfgang Wisek
Programmleitung Digitale
Kompetenzoffensive

Für Ausbau und Förderung digitaler Kompetenzen in der österreichischen Bevölkerung existieren in Österreich bisher zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Angebote unterschiedlicher Akteur:innen. Diese werden bis dato allerdings nicht gesamtheitlich koordiniert bzw. gesteuert. Mit der Digitalen Kompetenzoffensive ist es ganz im Sinn von „Smart Government“ gelungen, Ressourcen, Know-how und Akteur:innen in ganz Österreich auf Basis einer gemeinsam entwickelten Strategie zu vernetzen, um künftig mehr für digitale Kompetenzen in Österreich bewegen zu können. Der Multistakeholder-Prozess trägt dazu bei, nicht nur die Strategieentwicklung, sondern auch die Umsetzung entwickelter Maßnahmen gemeinsam zu forcieren – und das in ganz Österreich. Um die breite Einbindung der Bundesländer zu gewährleisten, wurden etwa in ganz Österreich im Rahmen einer Digital Skills-Tour Dialog- und Workshop-Formate durchgeführt. In diesem Sinn ist die Digitale Kompetenzoffensive auch aus Sicht der Verwaltung ein gelungenes Beispiel dafür, wie Österreich in strategischen Schlüsselfeldern durch smarte, strategisch fundierte Kooperationen mehr für seine Zukunft erreichen kann.

Wolfgang Wisek & Heidrun Strohmeier
Programmleitung Digitale Kompetenzoffensive



Florian Tursky

Staatssekretär für Digitalisierung und Telekommunikation

„Unser gemeinsames Ziel ist es, allen Menschen digitale Skills zu vermitteln. Bis 2030 wollen wir alle Österreicherinnen und Österreicher digital-fit machen. Die Maßnahmen reichen von der Finanzierung der künftigen Schulungen und Weiterbildungen für alle Interessierten bis hin zu einem einheitlichen Kompetenzstufen- und Zertifizierungssystem.“

Werner Kogler

Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport



„Die Aufgaben von morgen können nicht mit den Fähigkeiten von gestern bearbeitet werden. Arbeitskräfte müssen digital versiert sein, um die

großen Zukunftsfelder zu gestalten - allen voran die ökologische Transformation. Mit der digitalen Kompetenzoffensive setzen wir dazu in allen relevanten Bereichen an: bei den Gebietskörperschaften, im öffentlichen Dienst und vor allem im Bildungssystem.“

Martin Polaschek

Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung



„Die Digitale Kompetenzoffensive bietet willkommenen Rückenwind für eine digital-innovative Bildungslandschaft, die durch verlässliche digitale

Kompetenzen sicherstellt, dass wir digitale Chancen bestmöglich nutzen können.“

Martin Kocher

Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft



„Die Digitalisierung ist ein ausschlaggebender Faktor für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort, schafft Arbeitsplätze und stellt sicher, dass wir

wettbewerbsfähig bleiben. Mit der Digitalen Kompetenzoffensive setzen wir gezielt Aktivitäten, um bei Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern digitale Kompetenzen zu stärken und dem Fachkräftemangel im IT-Bereich zusätzlich entgegenzuwirken.“

Strategische Grundlagen für erfolgreiche Digitalisierung

Digitalisierungsinitiativen des Bundes erfolgen auf Basis fundierter strategischer Grundlagen, die gemeinsam mit Expert:innen und Stakeholdern entwickelt werden. Auch im Berichtszeitraum wurden wesentliche Strategiedokumente erarbeitet.



Strategien im Detail
auf digitalaustria.gv.at



eGovernment Strategie Österreich

Über 80 Vertreter:innen von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden haben gemeinsam die eGovernment Strategie erarbeitet. Sie dient der Ausrichtung und Weiterentwicklung der österreichischen Verwaltung mit dem Ziel einer einheitlichen, vernetzten und abgestimmten Vorgehensweise im eGovernment. Im Mittelpunkt stehen die Wirkungsfelder Bürger:innen und Unternehmen. Aufbauend auf einer Gesamtvision wurden für die Wirkungsfelder detailliertere Visionen samt Initiativen erarbeitet, darunter die smarte Vernetzung von Serviceportalen. So sollen alle Anwendungen, insbesondere Registerabfragen, über den Portalverbund verfügbar gemacht werden. Im Zentrum der Governance steht die Bund-Länder-Städte-Gemeinden-Kooperation (BLSG) mit ihren organisatorischen, rechtlichen und technischen Standards. Gemeinsam definierte Gremien tagen regelmäßig, gemeinsame anzuwendende Standards werden verschriftlicht. Die eGovernment Strategie wurde Anfang 2023 veröffentlicht.

De„Der Digital Austria Act umfasst 117 Maßnahmen für erfolgreiche Digitalisierung in Österreich.“

Digital Austria Act für mehr Wohlstand, Sicherheit und neue Chancen durch Innovation



Als digitales Arbeitsprogramm der Bundesregierung umfasst der im Berichtszeitraum entwickelte Digital Austria Act auch zentrale strategische Orientierungen:

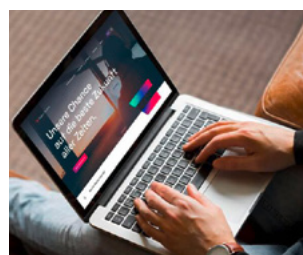
Er präsentiert insgesamt 36 Digitalisierungsgrundsätze und konkrete 117 Maßnahmen, um die Digitalisierung in Österreich neu zu gestalten. Die Schwerpunkte des Digital Austria Act sind ressortübergreifend und betreffen alle Mitglieder der Bundesregierung. Ein Schwerpunkt ist dem „Smart Government der Zukunft“ gewidmet. Ziel ist es, einen einfachen und mobilen Zugang zu allen Verwaltungsservices des Bundes zu ermöglichen. Alle Anwendungen und Dienste des Bundes sollen laut Digital Austria Act so gestaltet werden, dass die Benutzerfreundlichkeit und das „nutzerzentrierte Design“ Priorität haben. Mittelfristig sollen alle Applikationen und Services der Verwaltung – soweit sinnvoll und technisch möglich – auch optimal für die Nutzung auf mobilen Endgeräten gestaltet und an die „Digitales Amt“-App mittels „Single Sign-on“ angebunden sein.

Digitaler Aktionsplan: Digitalisierung für Österreichs Tourismus



Die bessere Nutzung von Daten ist auch für den österreichischen Tourismus ein Schlüsselthema. Jede Phase touristischer Aktivität generiert wirtschaftlich verwertbare Daten. Vor diesem Hintergrund zielt der „Digitale Aktionsplan Austria“ zum Thema „Digitalisierung für Österreichs Tourismus“ auf mehr Wertschöpfung durch bessere Datennutzung, auf mehr digitale Kompetenzen im Tourismus und auf mehr digitale Verwaltungsservices für den Tourismus ab. Konkrete Maßnahmenvorschläge sollen dem Tourismussektor am Standort Österreich neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnen, darunter die Etablierung eines Austrian Tourism Data Space und die optimale Koordinierung der einzelnen Tourismusbetriebe, um aktuelle und abgestimmte Angebote zur Verfügung stellen zu können. Digitale Kompetenzen sollen im Ausbildungsprogramm touristischer Lehrberufe forciert und neue digitale Lehrberufe entwickelt werden.

Strategie Digitale Kompetenzen



Wichtige Vorbereitungsarbeiten erfolgten 2022 auch für die Strategie „Digitale Kompetenzen Österreich“ der Digitalen Kompetenzoffensive. Die Strategie wurde in einem bundesweiten Dialogprozess mit mehr als 500 Expert:innen und Stakeholdern aus 80 Institutionen erarbeitet. Im Rahmen des Prozesses wurden rund 350 Maßnahmen und Initiativen identifiziert, geclustert und gebündelt. Auf dieser Grundlage setzt die Strategie „Digitale Kompetenzen Österreich“ in einem Kompetenzpaket acht strategische Schwerpunkte mit konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung digitaler Kompetenzen. Umgesetzt wird u.a. ein Workshop-Programm „Digital überall“ für Basiskompetenzen in jeder Gemeinde in Österreich.

Digitale Infrastruktur für Wachstum und Zukunft

Eine leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur ist eines der wichtigsten Fundamente für erfolgreiche Digitalisierung. Die Mittel für den Breitbandausbau wurden 2022 erheblich erweitert. Davon profitieren Menschen und Unternehmen in ganz Österreich.



69 %

In den letzten Jahren stieg der Verfügbarkeitsgrad mit gigabitfähigen Anschlüssen in Österreich auf 69 %

Ziel der Bundesregierung ist die Verfügbarkeit von festen und mobilen Gigabit-Anschlüssen bis 2030 – und das in ganz Österreich. Die „Initiative Breitband Austria 2030“ trägt mit gezielten Förderungsinstrumenten wesentlich zur digitalen Chancengleichheit zwischen Stadt und Land bei. Basierend auf der Breitbandstrategie 2030 hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) entsprechende Förderinstrumente entwickelt. Damit sollen sowohl die flächendeckende Verfügbarkeit von gigabitfähigen Zugangnetzen als auch die Errichtung neuer „symmetrischer Gigabit-Anbindungen“ insbesondere für öffentliche Einrichtungen und Unternehmen forciert werden. Die Initiative richtet sich an Länder, Gemeinden, öffentliche Einrichtungen, Telekombetreiber und an KMU.

Budgetmittel von 960 Millionen Euro

Die ersten Ausschreibungen dafür starteten im März 2022 mit einem Volumen von 660 Mio. Euro. Aufgrund der großen Nachfrage – insbesondere im Programm BBA2030: OpenNet – wurde das für die erste Runde zur Verfügung stehende Budget nochmals um 300 Mio. Euro erhöht.

Förderung wirkt

Fortschritte und Erfolge der „Initiative Breitband Austria 2030“ lassen sich an der Zahl der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Festnetzanschlüssen sowie mit 5G messen. Im „Digital Economy and Society Index“ (DESI) zählt die Initiative auf den Bereich „Connectivity“ ein. Der Verfügbarkeitsgrad mit gigabitfähigen Anschlüssen ist in Österreich in den letzten Jahren auf 69 % gestiegen. Eine Outdoor-Verfügbarkeit von 5G-Mobilfunk besteht zudem bei 95 % der Haushalte (Stand: März 2023).

Gemeinden mit gefördertem Breitbandausbau

Der geförderte Breitbandausbau findet in 1.601 der rund 2.100 österreichischen Gemeinden statt und teilt sich auf die Initiativen Breitband Austria 2020 (BBA2020) und Breitband Austria 2030 (BBA2030) wie folgt auf:

931

Gemeinden mit
BBA2020-Ausbau

247

Gemeinden mit
BBA2030-Ausbau

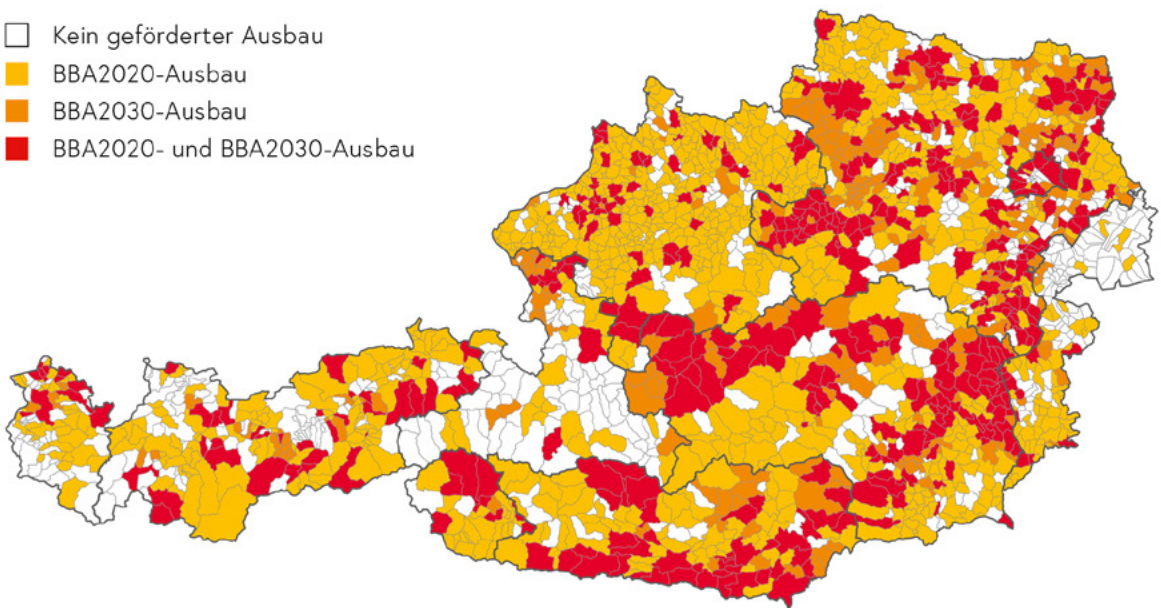
423

Gemeinden mit BBA2020-
und BBA2030-Ausbau

¹In Wien werden alle 23 Gemeindebezirke separat gezählt.

Gemeinden mit gefördertem Breitbandausbau seit 2015

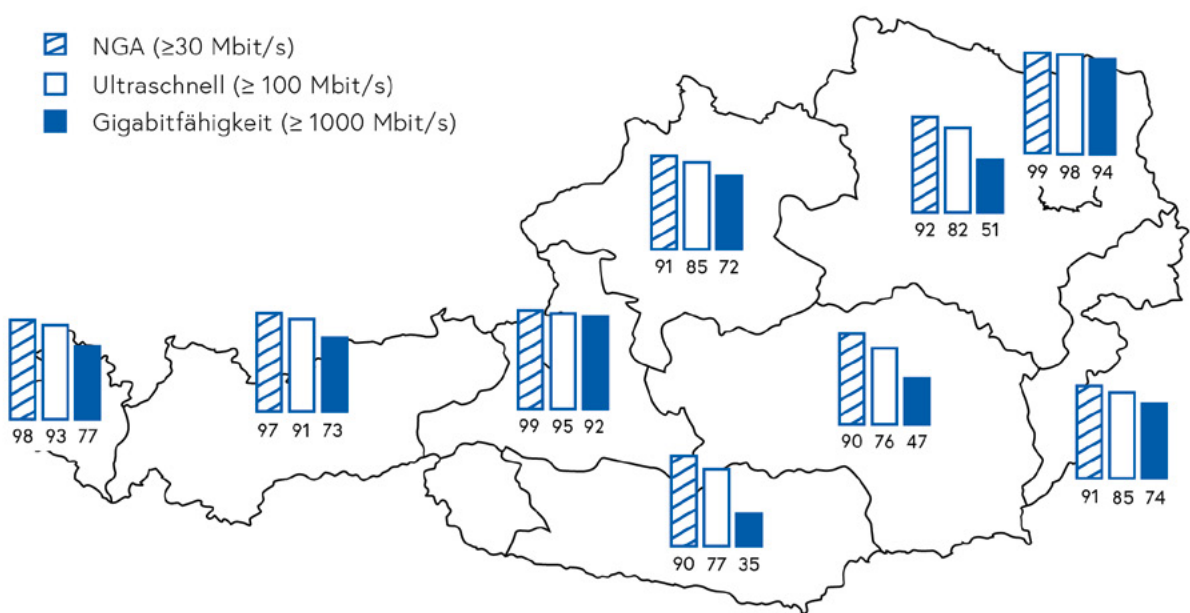
- Kein geförderter Ausbau
- BBA2020-Ausbau
- BBA2030-Ausbau
- BBA2020- und BBA2030-Ausbau



Datenstand (02/2023); Datengrundlage: breitbandatlas.gv.at

Feste Breitbandverfügbarkeit für Haushalte in den Bundesländern

Feste Breitbandverfügbarkeit für Haushalte in Prozent



Datenstand (01/2023); Datengrundlage: breitbandatlas.gv.at; Technologien: FTTP, xDSL, 5G-/4G-FWA

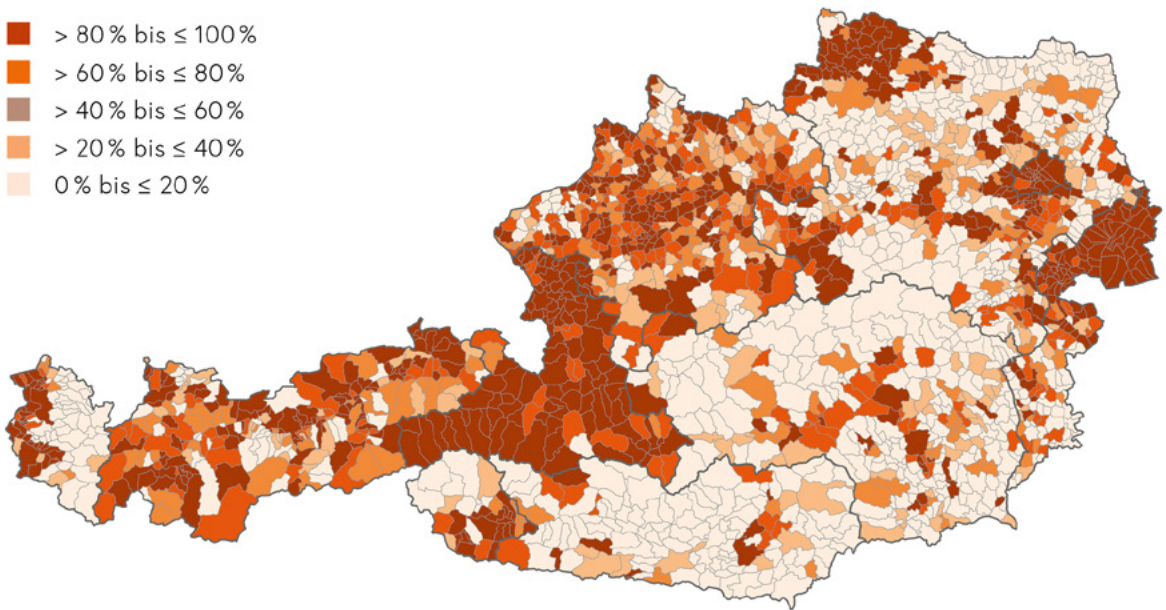
Betrachtet man die feste Breitbandverfügbarkeit auf Bundesländerebene, zeigt sich:

- Beim gigabitfähigen Breitband weisen Wien (94%), Salzburg (92%) und Vorarlberg (77%) die höchsten Anteile auf. Der Durchschnitt beträgt 69%.
- Überdurchschnittliche Zuwächse aufgrund des noch nicht abgeschlossenen, geförderten Ausbaus im Rahmen der Initiativen BBA2020 und BBA2030 sind in den Bundesländern Kärnten (10,2%), Niederösterreich (8,8%) und Steiermark (8,0%) zu erwarten. Der durchschnittlich zu erwartende Zuwachs beträgt 4,6%.

Verfügbarkeit von festem, gigabitfähigem Breitband für Haushalte auf Gemeindeebene

Verfügbarkeit von festem, gigabitfähigem Breitband für Haushalte auf Gemeindeebene

- > 80 % bis ≤ 100 %
- > 60 % bis ≤ 80 %
- > 40 % bis ≤ 60 %
- > 20 % bis ≤ 40 %
- 0 % bis ≤ 20 %



Datenstand (01/2023); Datengrundlage: breitbandatlas.gv.at; Technologien: FTTP, xDSL, 5G-/4G-FWA



Weiterführende Informationen
auf breitbandatlas.gv.at

Bei der Verfügbarkeit von festem, gigabitfähigem Breitband auf Gemeindeebene wird deutlich, dass in Österreich – neben den Bundesländern Wien und Salzburg sowie einigen regionalen Ballungsräumen – insbesondere jene Gemeinden eine hohe Verfügbarkeit aufweisen, die über einen abgeschlossen, geförderten Breitbandausbau verfügen. Dazu zählen u.a. Teile des Waldviertels, der südliche Teil des Bezirks Lienz sowie eine Vielzahl weiterer Gemeinden in Oberösterreich und Tirol. In den kommenden Jahren werden durch den Fortschritt des geförderten Breitbandausbaus zahlreiche weitere Gemeinden im gesamten Bundesgebiet hinzukommen.

Smartes Dashboard

Die dargestellten Daten aus dem Dashboard Digitalisierung präsentieren die wichtigsten Zahlen rund um Digitalisierung in Österreich im Jahr 2022 – und dokumentieren die zielgerichtete Weiterentwicklung des Digital-Standorts. Den jeweils aktuellen Stand der Dashboard-Daten finden Sie auf digitalaustria.gv.at. Die laufend aktualisierten Daten sind eine wichtige Grundlage für die weitere Abstimmung und Steuerung von Digitali-

sierungsmaßnahmen zwischen den verschiedenen Ressorts. Suchfunktion, Tags und Bookmarks sind dabei hilfreiche Service für Nutzerinnen und Nutzer. Mit dem Dashboard wird ein wichtiger Beitrag für „smart government“ geleistet: Die gewonnenen Daten und ihre Analyse ermöglichen eine gezielte, evidenzbasierte Weiterbildung politischer Gestaltungsmaßnahmen. Mit dem Dashboard Digitalisierung macht Österreich mehr aus digitalen Daten.

digitalaustria.gv.at



Digitale Services für Unternehmen



69,1 Mio.

Seitenaufrufe am Unternehmensserviceportal (USP)

107

Angebundene Verfahren

517.505

Registrierte Teilnehmer am USP

857.859

Einstiege von Unternehmer:innen ins elektronische Postfach

1 von 5

1 von 5 GmbHs wurde 2022 digital gegründet

Digitale Services für Bürger:innen



5,7 Mio.

Logins beim Servicebereich von oesterreich.gv.at



108,4 Mio.

Seitenaufrufe bei der Bürger:innen-Plattform oesterreich.gv.at

418.391

Aktivierungen der App „Digitales Amt“



58.061

Digitale Wohnsitzänderungen

90.153

Digital beantragte Wahlkarten¹

12.720

Ausgestellte Urkunden im digitalen Babypoint

¹ Bundespräsidentenwahl, GR/BM Burgenland, GR/BM & Landtag Tirol

Am häufigsten aufgerufene Seiten nach „Lebenslagen“

| | | |
|-----------------|--|-----------|
| Geburt | | 4.361.268 |
| KFZ | | 4.067.607 |
| Führerschein | | 2.931.585 |
| Pension | | 2.242.468 |
| Reisepass | | 2.075.927 |
| Aufenthalt | | 1.970.351 |
| Erben | | 1.343.963 |
| Heirat | | 1.337.189 |
| Pflege | | 1.343.776 |
| Alleinerziehung | | 1.046.143 |

Alle Zahlen des Dashboards beziehen sich auf das Jahr 2022.

Die Registerlandkarte: Alle Datenflüsse auf einen Blick

In einer Forschungs Kooperation des Bundesministeriums für Finanzen und der Donauuniversität Krems wurde die Registerlandkarte entwickelt. Sie zeigt anschaulich, welche Register des Bundes es gibt, welche Inhalte sie haben, für welche Zielgruppen sie relevant sind – und, wie die Register aktuell miteinander vernetzt sind. Der Überblick über den Datenfluss von personen-, unternehmens- und objektbezogenen Daten ermöglicht weitere Vereinfachungen und Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung. Die Optimierung der Registerlandschaft ist Teil der IKT-Strategie der österreichischen Verwaltung.



500+

Attribute aus Datenquellen der öffentlichen Verwaltung können über eine Schnittstelle bereitgestellt werden

Der Digital Austria Data Exchange (dadeX): Daten automatisch abrufen

Der „Digital Austria Data Exchange“ („dadeX“) ist eine hochmoderne Datendrehzscheibe. Sie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) vom Bundesrechenzentrum (BRZ) entwickelt, welches die Plattform auch betreibt. Der Digital Austria Data Exchange ist für Bund, Länder, Städte und Gemeinden zugänglich. Das große Ziel: Daten, die einzelnen Behörden bereits bekannt und in Registern gespeichert sind, sollen über den dadeX anderen Verwaltungseinheiten verfügbar gemacht werden. Via dadeX lassen sich automatisch Daten schnell, sicher und in hoher Qualität direkt aus angebundenen Datenquellen abrufen. So kann u.a. eine mehrmalige Bekanntgabe von Unternehmensdaten bei Behörden reduziert werden („Once-Only-Prinzip“). Das 2020 unter dem Namen „Register- und Systemverbund“ gestartete Projekt, welches 2022 den neuen Namen Digital Austria Data Exchange bekam, wurde im Berichtszeitraum sukzessive um weitere Datenquellen erweitert. Mit Mai 2023 waren bereits über 500 Attribute via dadeX verfügbar.

Angebundene Datenquellen an den dadeX

- Unternehmensregister
- Firmenbuch
- Gewerbeinformationssystem Austria
- Zentrales Melderegister
inkl. Stammzahlenregister
- Kraftfahrzeugregister
- Edikts-/Insolvenzdatei
- Einheitliche Fallbearbeitung
der Betrugsbekämpfungseinheiten
- Strafregister
- EDU.reg
- WKO-Lehrlinge
- Transparenzdatenbank

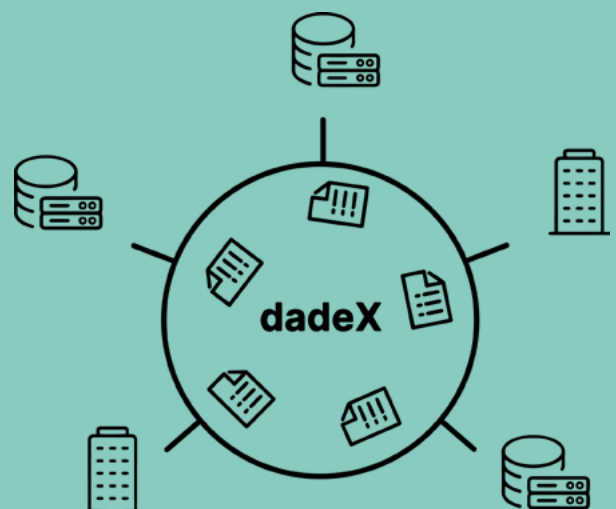
Das technische System des dadeX

Der Digital Austria Data Exchange wird als zentrale Plattform basierend auf dem Enterprise Service Bus umgesetzt. Jeder Data Provider wird über standardisierte Schnittstellen an den dadeX angebunden. Der dadeX bietet dem Data Consumer ebenso eine standardisierte Schnittstelle, die mittels Web-Service angesprochen werden kann. Die Datenauslieferung erfolgt in Form von strukturierten Daten oder Files im JSON oder XML-Format. Der dadeX wurde im Portalverbund integriert und steht gemäß Unternehmensserviceportalgesetz innerhalb der österreichischen Verwaltung zur Verfügung.

Das Erfolgsbeispiel: Grants4Companies

Der dadeX wird beim Service „Grants-4Companies“ bereits erfolgreich genutzt. Damit können sich Betriebe im Unternehmensserviceportal passende Förderungen anzeigen lassen. Mit Erlaubnis des Unternehmens werden die vorliegenden Registerdaten über den dadeX bezogen und zur automatischen Erkennung passender Förderungen genutzt.

www.usp.gv.at



„dadeX“ ermöglicht einen selbstständigen Datenaustausch zwischen Verwaltungseinheiten



1. Platz

*beim 22. eGovernment Wettbewerb
in der Kategorie „Bestes Digitalisierungs-
projekt“ gewonnen*

„Digital Austria Data Exchange (dadeX) bildet die erfolgreiche Basis zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips als eine Säule der eGovernment Strategie der EU. Sie hat zum Ziel, Standardinformationen nicht wiederholt der Verwaltung übermitteln zu müssen, da diese auf bereits vorhandene Daten zugreifen kann. Von diesem Projekt gemeinsam mit der Stadt Graz bekommen die Bürger*innen wenig mit, aber sie spüren die positiven Auswirkungen.“

Es erleichtert den Beihilfenantrag un-
gemein, beschleunigt Behördenverfahren
und verbessert die Datenqualität in den
Prozessen. Das Projekt ist ein Muster-
beispiel für den Nutzen aus der Digitali-
sierung der Verwaltung für Bürger*innen
ebenso wie für die Fachkräfte in den
Behörden. Das technische Konzept der
dadeX-Plattform und die mächtige An-
bindungsmöglichkeit für weitere Verwal-
tungsprozesse sind beeindruckend. So
soll moderner Staat sein!“

Jurymitglied Martin Szelgrad

Chefredakteur „Telekom & IT Report“, „Energie Report“, Report Verlag



Smart Government auf Bundes- ebene

Ausgewählte Projekte
der Ressorts

Bundeskanzleramt
der Republik Österreich

Kräfte smart bündeln

In österreichischen Archiven befinden sich mehrere 100 Petabyte an Daten. Das Bundeskanzleramt sichert mit einem innovativen Projekt das digitale Gedächtnis Österreichs, das für Identität und Zukunft des Landes von unschätzbarem Wert ist.



CDO
GL Erich Albrechtowitz

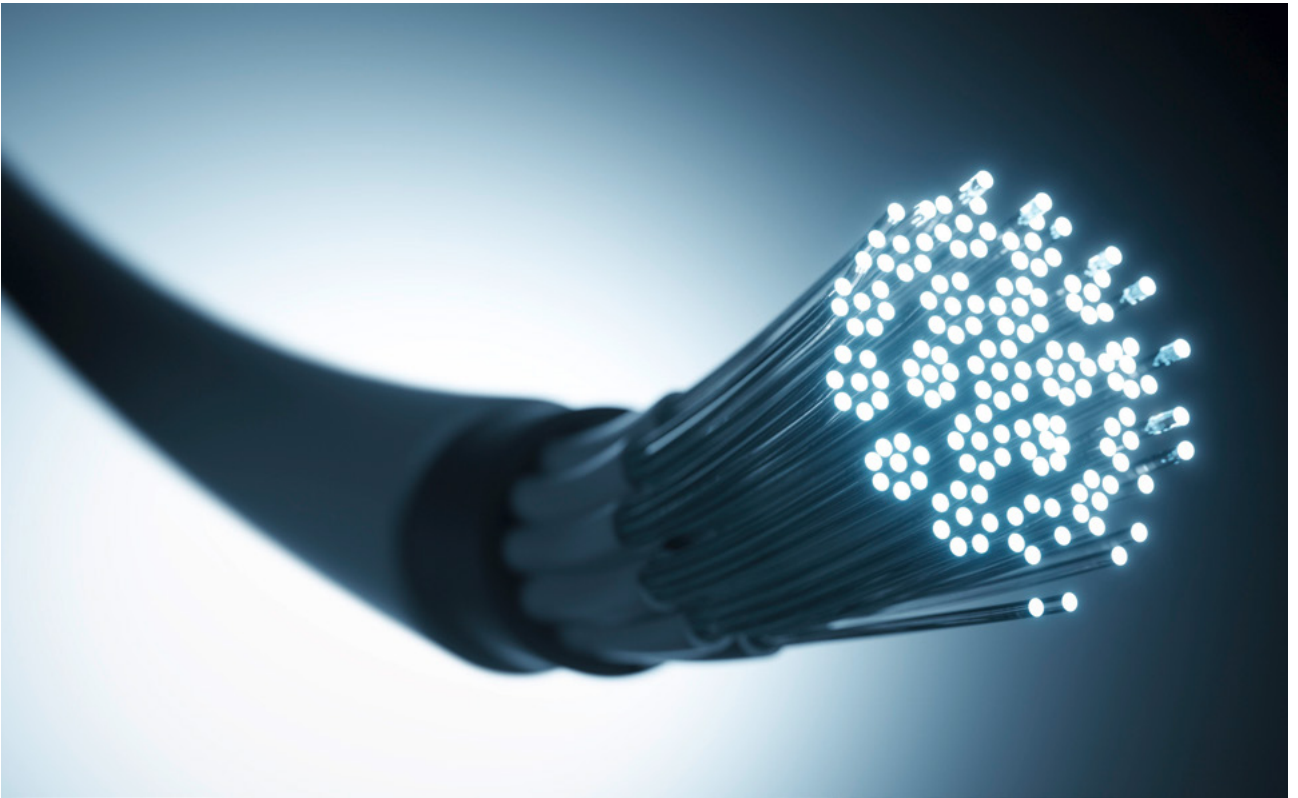
„Wir nutzen Digitalisierung, um unsere Schätze für die künftigen Generationen zu erhalten.“

Verwaltung und Kulturinstitutionen in Österreich verfügen über eine Unmenge an Beständen und Daten – in Form von aktuellen und historischen Aufzeichnungen, Kunstwerken oder wissenschaftlichen Arbeiten. Sie alle spiegeln die Geschichte des Landes wider und stellen das digitale Gedächtnis Österreichs dar. Die Sicherung dieses digitalen Gedächtnisses gewährleistet, dass diese Schätze für zukünftige Generationen erhalten bleiben und von ihnen genutzt werden können.

Daten im Krisenfall schützen

Zudem sind Krisen für Datenbestände eine besondere Herausforderung: Der Erhalt digitaler Identität und die Sicherung des Verwaltungshandelns sind im Fall des Falls zu gewährleisten. Strenge Sicherheitsmaßnahmen sind notwendig, um Daten vor Cyberangriffen und Katastrophen wie Bränden oder Überschwemmungen zu schützen.

Nachdem Informationen immer häufiger in digitaler Form erstellt und gespeichert werden, sind nachhaltige Strategien zur Erzeugung und Sicherung dieser Daten unerlässlich. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung analoger Aufzeichnungen und der Schaffung digitaler Langzeiterhaltungs- oder Archivierungsmöglichkeiten. Diese ermöglichen nicht nur eine effiziente Speicherung, sondern auch eine einfache Suche und Aktualisierung der Informationen. Damit sollen Daten langfristig erhalten bleiben und vor Verlust oder Beschädigung geschützt werden.



Plattform für Datenerhalt und -nutzung

Aus diesem Grund wurde im Bundeskanzleramt eine Plattform als Shared Service entwickelt, die Werkzeuge, Prozesse und Methoden für Erzeugung, (Er)haltung und Nutzung von Daten zur Verfügung stellt. Teile dieser Plattform sind unter anderem ein zentraler Datenkatalog für die Verwaltung, die Digitale Arche oder das Bundesarchiv- und Langzeiterhaltungssystem (BALES).

„Data Mesh“-Ansatz

Um Souveränität und Erzeugung von Datenprodukten durch die jeweiligen Institutionen und Fachabteilungen in den Vordergrund zu rücken, wurde ein sogenannter „Data Mesh“-Ansatz gewählt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Daten in der Verantwortung der jeweiligen Stellen bleiben und das Bundeskanzleramt die Plattform nach dem Ansatz „Data Governance as a Service“ nur zur Verfügung stellt. Auf diese Weise können beispielsweise die rund 400 km Archivbestände des Österreichischen Staatsarchives oder die hunderttausenden Dias des Bundesdenkmalamtes digitalisiert und erhalten werden.

Datenschutz mit KI heben

Die Digitalisierung der Bestände ist aber nicht nur für die Erhaltung der Daten und des damit verbundenen Wissens von großer Bedeutung. Jeder erzeugte Datensatz ist auch die Grundlage für neue Projekte, insbesondere im Bereich Künstliche Intelligenz. Durch die vor der Nutzung gelebte Data Governance kann die Herkunft und Glaubwürdigkeit der Daten beschrieben und unterstrichen werden (Trustworthy Data). Das wiederum ermöglicht es, KI-Projekte beim Erreichen des Labels „Trustworthy AI“ zu unterstützen. Österreich kann seine Datenschätze damit in jeder Hinsicht sicher heben.



400km

Archivbestände des Österreichischen Staatsarchives oder die hunderttausenden Dias des Bundesdenkmalamtes können dank dem „Data Mesh“-Ansatz digitalisiert und erhalten werden.



Digital mehr unternehmen

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) unterstützt die Digitalisierung von Unternehmen und Arbeitsmarkt mit innovativen digitalen Instrumenten.

9

Die österreichischen Betriebe werden bei ihrer digitalen Transformation durch neun nationale und europäische Digital Innovation Hubs (DIH) unterstützt.

Digitalisierung von KMU unterstützen

Um vor allem Österreichs Klein- und Mittelbetriebe bei der digitalen Transformation mit Expertise und Infrastruktur zu unterstützen, werden in Österreich fünf Digital Innovation Hubs (DIH) und vier European Digital Innovation Hubs (EDIH) aus Mitteln des BMAW und der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (NFTE) bzw. der Europäischen Union gefördert. Durch diese Hubs erhalten Unternehmen direkten Zugang zu Partnern aus Forschung und Wirtschaft – und zu wettbewerbsentscheidenden Themen wie Künstliche Intelligenz (KI), IT- und Cybersicherheit, Blockchain, Big Data, Industrie 4.0 und digitale Transformation allgemein. Die Hubs sind über ganz Österreich verteilt, wodurch KMU einen Ansprechpartner in ihrer Region haben.

Weil erfolgreiche digitale Transformation immer auch digitale Kompetenzen erfordert, stellt das BMAW im Rahmen der Qualifizierungsoffensive weitere Mittel für entsprechende Aus- und Weiterbildungen zur Verfügung, darunter Skills Checks (Zuschuss zu am Markt besuchten Qualifizierungsmaßnahmen zu Green & Digital Transition), maßgeschneiderte Qualifizierungsprojekte für Unternehmen sowie Weiterbildungs-Labs, in denen Unternehmen mit Forschungseinrichtungen innovative Weiterbildungsformate testen können.

Smartes digitales Fördermanagement

Damit Betriebe rasch zu den richtigen Förderungen und Leistungen kommen, bieten die Agenturen des BMAW (aws, FFG, ABA) smarte digitale Prozesse und Plattformen an:

- Bei der aws als digitale Förderbank wurden alle Schritte zur Förderung digital umgesetzt – vom Antrag bis zur Unterzeichnung und Abrechnung. Über den aws-Förderkonfigurator und den Förderpiloten können die richtigen Förderungen gefunden werden.
- Bei der FFG stellt der eCall als digitale Einreichplattform sicher, dass Kund:innen ihre Förderungsansuchen einfach und unbürokratisch übermitteln können. Über die Projekt-Timeline können sie jederzeit nachverfolgen, in welcher Phase sich ihr Projekt befindet. Förderungsverträge können nun auch elektronisch signiert werden, wodurch die „Time to Contract“ weiter verkürzt wurde.
- Die ABA berät und begleitet Antragsteller:innen von RWR-Karten und Blauen Karten. Sie hat mit dem Immigration Guide Austria eine digitale Plattform für qualifizierte Zuwanderung geschaffen.



Über den aws-Förderkonfigurator und den Förderpiloten können die richtigen Förderungen gefunden werden.



CDO
Mag. Andreas Moser, LLB

„Österreichs Betriebe werden bei der digitalen Transformation zielgerichtet und smart unterstützt.“

AMS: Kompetenzmatching

Angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels in Österreich spielt die effiziente und rasche Vermittlung von Arbeitskräften eine immer wichtigere Rolle. Schon bisher ermöglichen die eAMS-Services die elektronische Abwicklung administrativer Dienstleistungen. 2022 wurde die Implementierung eines Kompetenzmatchings forciert, das stufenweise umgesetzt wird. Dabei erfolgt ein automatischer Abgleich von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage auf Basis von Kompetenz- und Qualifikationsindikatoren. Ziel ist es, die Jobchancen arbeitssuchender Personen zu erhöhen, offene Stellen treffsicherer zu besetzen und raschere Arbeitsaufnahmen zu ermöglichen. Beim Matching wird dargestellt, zu wie viel Prozent eine Person die Kompetenzen für eine offene Stelle erfüllt – und aufgezeigt, welche Kompetenzen fehlen. GEO-Features für geografische Einschränkungen oder wegstreckenabhängige Ergebnisse sind ebenfalls integriert. Erster Schritt der Umsetzung war die Nutzung des Tools durch die AMS-Mitarbeiter:innen: Mit Jänner 2024 startet das neue System in den Vollbetrieb und wird österreichweit in allen AMS-Beratungsstellen eingesetzt..

Bundesministerium
für Bildung, Wissenschaft
und Forschung

Digital fit und smart

Bei der digitalen Fitness für junge Menschen und der Fortbildung für Lehrende setzt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) auf innovative und wirksame Bildungsangebote.



*Die Virtuelle PH bietet einen
Massive Open Online Course (MOOC)
für Digitale Grundbildung.*



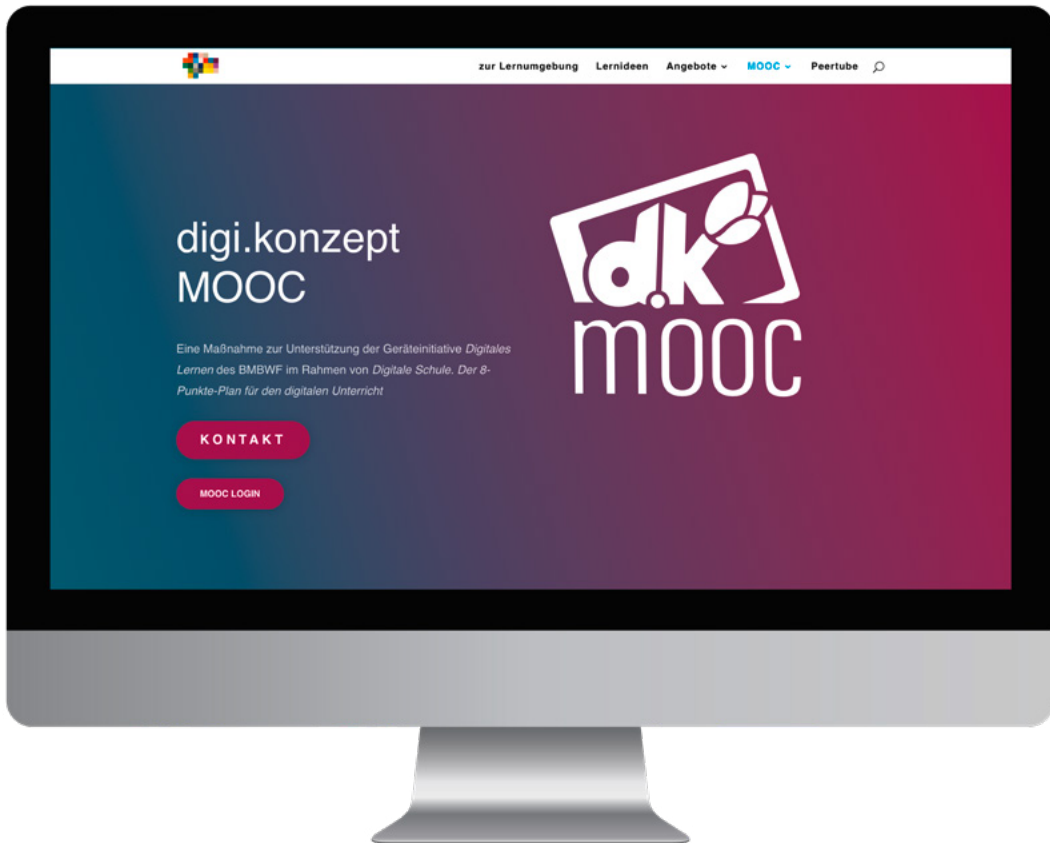
CDO
GL Mag. Martin Bauer, MSc

**„Digitale Bildung erfordert
es auch, sich mit den
Auswirkungen der digitalen
Transformation
auseinanderzusetzen.“**

Grundbildung: Digitale Skills für alle 10–14-Jährigen

Mit dem Schuljahr 2022/23 führte das BMBWF an Mittelschulen und AHS-Unterstufen den neuen Pflichtgegenstand „Digitale Grundbildung“ ein. Die Digitale Grundbildung wird in der 5. bis 8. Schulstufe mit jeweils mindestens einer fixen Stunde im Stundenplan umgesetzt. Im Mittelpunkt des neuen Fachs stehen die Fragen, wie digitale Technologien funktionieren, welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen aus ihrem Einsatz resultieren und welche Interaktions- und Handlungsoptionen sich für Schüler:innen ergeben. Der Lehrplan der Digitalen Grundbildung fungiert auch als Vorbereitung auf den Informatikunterricht der 9. Schulstufe. Gleiches gilt auch für die diversen informatischen Fächer in berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe II.

Der Pflichtgegenstand Digitale Grundbildung basiert auf dem DigComp-Framework der EU und bringt eine nachhaltige Stärkung digitaler Kompetenzen von Bürger:innen. Bereits seit September 2021 führt das BMBWF den Rollout digitaler Endgeräte in der Sekundarstufe 1 (AHS, Mittelschule, Sonderschule) durch.



Die digitalen Fortbildungskurse können von den Teilnehmer:innen individuell und selbstgesteuert absolviert werden.

MOOCs in der Lehrendenfortbildung

Zur Sicherstellung der Qualifizierung der Lehrenden für den neuen Pflichtgegenstand forciert das BMBWF auch deren digitale Fortbildung. Die Virtuelle PH bietet einen Massive Open Online Course (MOOC) für Digitale Grundbildung. Der Kurs kann von den Teilnehmer:innen individuell und selbstgesteuert absolviert werden. Dadurch ist es den Lehrenden möglich, sich auf den neuen Lehrplan des Pflichtgegenstandes vorzubereiten. Weitere Kurse der Virtuellen PH beschäftigen sich mit Distance Learning und DigiKonzept. Die Kurse stehen allen Lehrenden in ganz Österreich zur Verfügung.

Mehr auf virtuelle-ph.at



Bundesministerium
für europäische und internationale
Angelegenheiten

Grenzenlos smart

Mit innovativen Services und smarten Tools für österreichischen Erfolg im Ausland setzte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) 2022 seine digitalen Aktivitäten fort.



**„Die Auslandsservice App
bringt unzählige Vorteile für
Reisende und Auslands-
österreicher:innen.“**

Auslandsservice: Immer und überall

Das Auslandsservice des BMEIA ist ein smartes Tool, um Bürger:innen im Ausland effizient und effektiv zu helfen. Die Service-Bandbreite reicht von aktuellen Einreise-Informationen bis zu Auslandsrückholungen bei Krisen. Das Auslandsservice steht als Android-, iOS- und Browser-App für alle gängigen Plattformen zur Verfügung. Am Mobiltelefon können zusätzliche Smart-Features genutzt werden, darunter Geo-Ortung, Push-Services, Echtzeit-Feedback im Krisenfall, App2App-Authentifizierung mittels ID Austria/ Digitales Amt oder die mobile Beantragung von Urkunden zur Abholung an Botschaften und Konsulaten. Privacy-by-Design-Grundsätze wurden bei der Entwicklung von Beginn an berücksichtigt. Konkrete Vorteile bringt die smarte App-Lösung aktuell rund 150.000 Reisenden aus Österreich sowie 210.000 Österreicher:innen, die im Ausland leben.

Protokoll-Service-Portal: Digitaler diplomatischer Dienst

Österreich ist – mit Wien als einem der vier Amtssitze der UNO – Heimat von mehr als 750 zwischenstaatlichen Organisationen sowie bilateralen und multilateralen diplomatischen Vertretungen. Im Land halten sich 16.000 Diplomaten:innen, internationale Beamten:innen und Begleitpersonen auf. Ihr „Management“ durch Österreich erfolgt digital und smart: Dank Protokoll-Service-Portal (PSP) werden alle Abläufe zur Erfassung Betroffener, zu Anträgen und Verfahrensabläufen oder zur Ausstellung von Lichtbildausweisen von bislang papierbasierten auf vollelektronische Prozesse umgestellt. Obwohl die Zielgruppe fast ausschließlich aus nicht-österreichischen Bürger:innen besteht, wurden alle Projektherausforderungen durch die Nutzung zentraler österreichischer eGovernment Dienste bewältigt. So werden alle Organisationen im Ergänzungsregister sonstiger Betroffener und alle Antragsteller im Ergänzungsregister natürlicher Personen erfasst. Das Unternehmensserviceportal (USP) dient der Authentifizierung.

Digitales Tool für die Besuchsdiplomatie

Das BMEIA unterstützt auch die für Wertschöpfung und Arbeitsplätze wichtige Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft aktiv. Ziel ist es u.a., im Rahmen der österreichischen Außenwirtschaftsstrategie die interinstitutionelle Koordination rund um die wirtschaftliche wichtige „Besuchsdiplomatie“ zu fördern. Dafür wurde mit dem Projekt „BD.Digital“ ein innovatives Tool geschaffen. Es ermöglicht – nach Anmeldung mit der ID Austria – einen unkomplizierten, plattformunabhängigen und mobilen Zugang aller teilnehmenden Organisationen zu aktuellen Informationen rund um geplante Auslandsbesuche. Zusätzlich zu den für Außenwirtschaftsthemen relevanten Ressorts sind dies die Präsidentschaftskanzlei, Parlamentsdirektion, Bundesländer, Wirtschaftskammer Österreich und Industriellenvereinigung. Das Projekt zeigt, dass Lösungen wie die ID Austria auch für Anwendungsfälle innerhalb der Verwaltung neue und innovative Lösungen ermöglichen.



CDO
AL Mag. Kristian Juric

„Smarte Digitalisierung ermöglicht es uns, weltweit für Österreichs Bürgerinnen und Bürger maßgeschneiderte Leistungen zu erbringen.“



Strenge Rechnung, smarteres Service

Als Pionierressort für Digitalisierung geht das Bundesministerium für Finanzen (BMF) mit smarten Innovationen die nächsten Schritte für noch mehr Bürgerfreundlichkeit und Servicequalität.



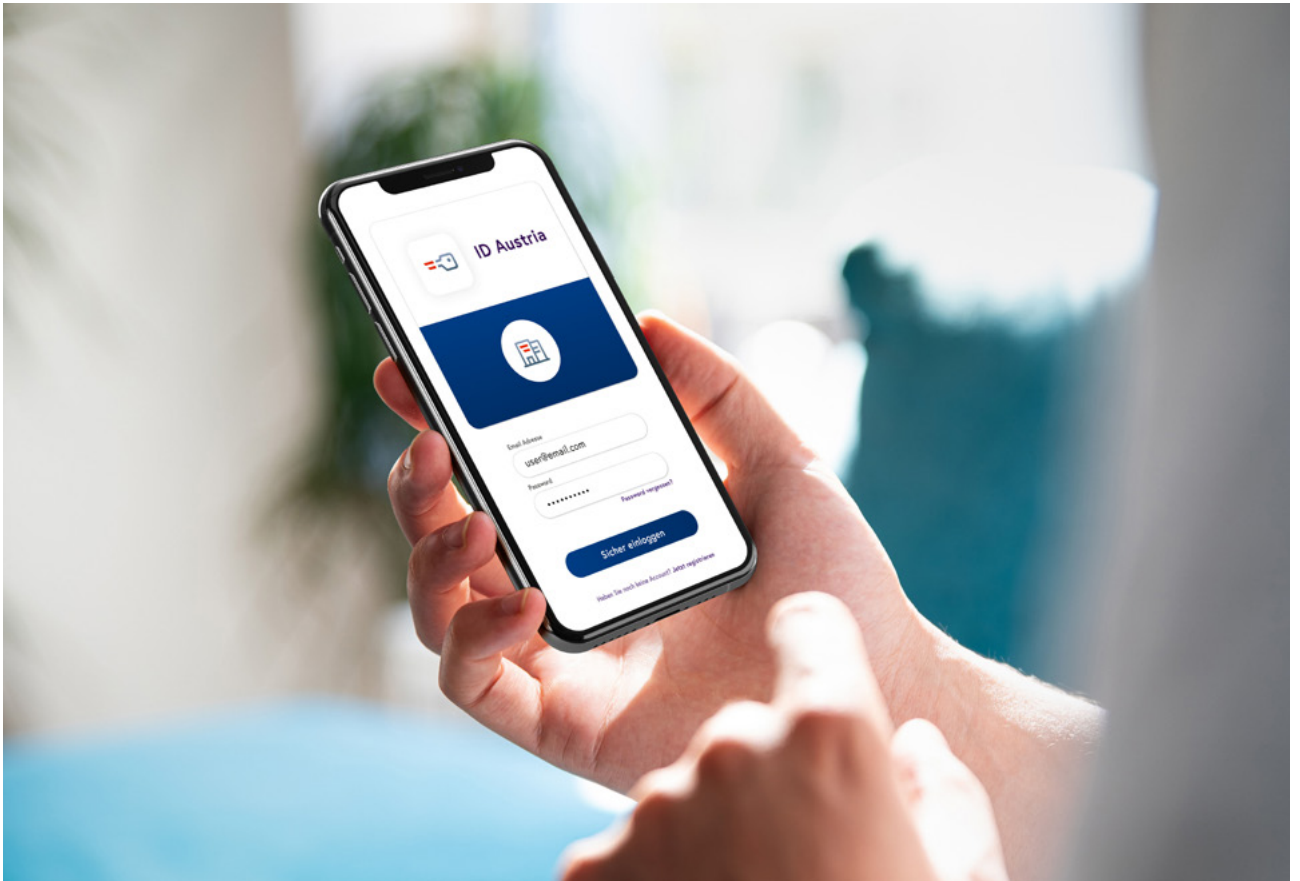
CDO
Dr. Manuel Zahrer

**„Digitale Services
sind für Bürger:innen,
Unternehmen und
Mitarbeiter:innen
der Finanzverwaltung
ein Gewinn.“**

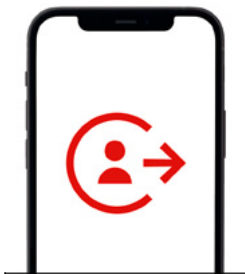
Kundensupport & Kundentermine via Internet

Interaktive personenbezogene Auskünfte und Dienstleistungen via Telefon oder Internet ohne starke Authentifizierung fanden bisher u.a. aufgrund der DSGVO nur begrenzt und in einer rechtlichen Grauzone statt. Um Kund:innen aufwendige Termin vor Ort zu ersparen und rechtliche Unsicherheit für Bürger:innen und BMF-Mitarbeiter:innen zu beseitigen, startete das BMF 2022 drei smarte Innovationen für sichere Kundenkontakte:

- Auf Basis von Handysignatur bzw. ID Austria bietet das BMF ein stark authentifiziertes, vorvereinbartes Kundenservice über Videokonferenz.
- Über das FinanzOnline-Login – und damit ebenfalls via Handysignatur bzw. ID Austria – ist authentifizierte Ad-hoc-Telefonie auch vom Smartphone aus gesichert.
- Das Eröffnen von FinanzOnline-Zugängen für internationale Kund:innen ohne EIDAS-konforme ID kann künftig mittels ausweisgebundenem Video-Identifikations-Verfahren stattfinden.



Für Kund:innen der österreichischen Finanzverwaltung besteht damit die Möglichkeit, ohne Vor-Ort-Besuch im Finanzamt sensible personenbezogene Auskünfte zu erhalten sowie entsprechende Kundenservice-Aktionen zu nutzen. Auch für die Mitarbeiter:innen der Finanzverwaltung sind die neuen Services ein Gewinn: Für sie wird verlässliche Rechtssicherheit im personenbezogenen Kundenservice geschaffen.



Authentifizierte Ad-hoc-Telefonie auch vom Smartphone aus gesichert.

Automatisierte Anspruchsprüfung der Familienbeihilfe

Im Online-Verfahren für die Familienbeihilfe (FABIAN) wurde eine weitgehend automatisierte Anspruchsüberprüfung auf Basis externer Datenabgleiche (z.B. Hochschulen, Schulen) umgesetzt. Die Vorlage von Unterlagen in Papierform oder das Hochladen von Dateien via FinanzOnline im Rahmen des Verfahrens zur Weitergewährung der Familienbeihilfe sind damit nicht mehr nötig. Bürger:innen ersparen sich Aufwand für Beschaffung und Vorlage der Nachweise für den Anspruch auf die Familienbeihilfe. Die Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug der Familienbeihilfe durch die Verwaltung wird vereinfacht und beschleunigt. Das Once-Only-Prinzip wird damit auch im Bereich der Familienbeihilfe realisiert.



Sicher smart

Das Bundesministerium für Inneres (BMI) verbessert die Sicherheit in Österreich auch mit smarten digitalen Instrumenten – von mehr Sicherheit im Meldewesen bis zu sicheren Wahlen.



Das „Sichere Meldeamt“ verbessert Datengenauigkeit, standardisiert Prozesse und unterstützt Ermittlungen.

„Sicheres Meldeamt“: Digitaler Meldeprozess

Um die Qualität der Meldedaten zu verbessern, Fälschungen besser zu erkennen und Gemeindebedienstete zu unterstützen, startete das BMI 2022 das Projekt „Sicheres Meldeamt“. Die digitale Erweiterung des Meldeprozesses bietet den Meldeämtern die Möglichkeit, durch den Einsatz von hochwertigen Reisepass- und Dokumentenlesegeräten für die Dokumentenverifizierung einen adäquaten Schutzmechanismus gegen die illegale Verwendung der Meldebestätigung zu entwickeln. Das smarte Digitalisierungsprojekt umfasst die automationsunterstützte Datenerfassung und Verarbeitung im Melderegister sowie den Abgleich mit anderen Registern. Bei Verdacht auf Anmeldung mit ge- oder verfälschten Reisedokumenten wird künftig eine Online-Anzeige bei der Polizei möglich sein.

Das „Sichere Meldeamt“ reduziert Eingabefehler, standardisiert Prozesse und sichert Beweismittel (Reisepasskopie) für polizeiliche und justizielle Ermittlungen. Mit dem Projekt leistet das BMI einen konkreten Beitrag zur Aufrechterhaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit sowie zur nachhaltigen Kriminalitätsbekämpfung.

E-Learning für Wahlbehörden bei bundesweiten Wahlen

Auch bei der Bundespräsidentenwahl 2022 setzte das BMI auf digitale Tools für einen sicheren Wahlvorgang. Um die Handlungssicherheit für Angehörige von Wahlbehörden bei bundesweiten Wahlen zu erhöhen, kam ein eigenes E-Learning-Angebot zum Einsatz, das auch an mobilen Geräten abrufbar ist. Die Bandbreite der Inhalte reicht von Aufbau, Organisation und Rolle der Wahlbehörden über Vorbereitung, Wahltag und Auszählung bis zur Vermittlung von Wissen rund um Gültigkeit und Ungültigkeit von Stimmzetteln. Durch die zeit- und ortsunabhängige Online-Schulung der Wahlhelfer:innen wird auch bei künftigen Wahlgängen sichergestellt, dass diese ihre Tätigkeit im Rahmen der Wahlbehörden kompetent und korrekt durchführen können.

Kompetenz im Umgang mit Demenz

Für die notwendige Handlungssicherheit von Exekutivbediensteten bei Amtshandlungen gegenüber Menschen mit Demenz entwickelte das BMI ein digitales Schulungsangebot mit Checklisten, Wissensüberprüfung und Lernvideos. Mit Ende 2022 haben über 15.000 Mitarbeiter:innen des BMI die Schulung positiv absolviert. Das E-Learning-Angebot ist auch mobil abrufbar. So können Handlungsanleitungen auch direkt in der Einsatzsituation für ein sicheres, menschliches und sensibilisiertes Vorgehen genutzt werden. Das erfolgreiche Projekt wurde vom E-Learning-Center des BMI in Zusammenarbeit mit einer Expertin für Demenzforschung der Donau-Universität Krems für Gemeindebedienstete weiterentwickelt (Demenz-Aktivgemeinde).



CDO
GL Ing. Mag. Markus Popolari

„Smarte digitale Lösungen sind für uns ein wichtiges Instrument, um in ganz Österreich mehr Sicherheit möglich zu machen.“



18.000

Bedienstete haben das Angebot positiv absolviert

Online-Training gegen Computer- und Internetkriminalität

Eine ursprünglich für Bürger:innen entwickelte Online-Schulung zur Sensibilisierung für Computer- und Internetkriminalität war im Jahr 2022 im Rahmen der Allgemeinen Fortbildung für alle Exekutivbediensteten verpflichtend zu absolvieren. Bisher haben rund 18.000 Bedienstete das Angebot positiv absolviert, das unter anderem über Formen der Internetkriminalität, Passwortrichtlinien und technische Lösungen informiert. Das E-Learning-Angebot ist auch an mobilen Geräten abrufbar und ermöglicht unter anderem eine Selbstüberprüfung mittels Wissens-Check.

Digitale Verfahren

Das Bundesministerium für Justiz (BMJ) baut bei Strafverfahren und für Wege bei Gericht smarte Lösungen aus. Das spart Zeit – und modernisiert Abläufe nachhaltig.



CDO
Mag. Martin Hackl, BSc

„Digitale Prozesse beschleunigen Verfahren und erhöhen deren Transparenz – davon profitieren alle Beteiligten.“

Digitalisierung des Strafverfahrens mit KI-Unterstützung

Mit der Digitalisierung des Strafverfahrens werden bestehende Prozessabläufe hinterfragt, dank innovativer, technologie-getriebener Ansätze neu gedacht und nachhaltig verändert. Aufbauend auf den bereits geschaffenen Grundlagen der digitalen Aktenführung in zivilgerichtlichen Verfahren und Justizverwaltungssachen wurden 2022 in Arbeitsgruppen die Anpassungsbedarfe bei der Digitalisierung von Strafverfahren erhoben – und in den laufenden Entwicklungsarbeiten berücksichtigt.

Mit Umsetzung dieses Projektes wird nun die durchgängige Digitalisierung der Prozesse des Strafverfahrens realisiert: Das reicht vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren über die Befassung von Haft- und Rechtsschutzrichter:innen bis zum gerichtlichen Hauptverfahren und zur elektronischen Akteneinsicht via JustizOnline. Damit werden wichtige Verfahrensbeschleunigungen und qualitative Verbesserungen (wie Leak-Protection-Maßnahmen) ermöglicht.

Bei der Digitalisierung des Strafverfahrens werden auch Unterstützungswerkzeuge genutzt, die Künstliche Intelligenz (KI) einsetzen. Dabei handelt es sich etwa um eine KI-basierte Unterstützung bei der Rechtsrecherche zur Erkennung von für die juristische Arbeit relevanten Zitaten. Außerdem werden Anwender:innen auch bei der Anonymisierung und anschließenden Veröffentlichung von Entscheidungen durch KI-basierte Systeme unterstützt.

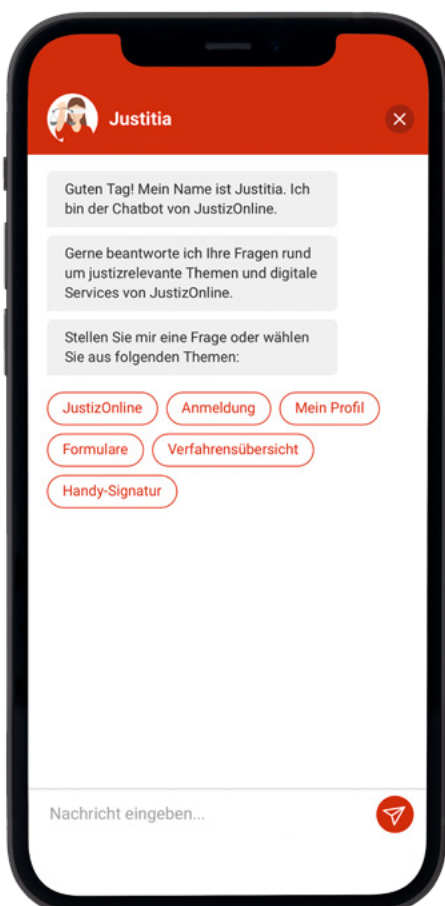
JustizOnline auch für juristische Personen und Behörden

Seit November 2020 können Privatpersonen ihre Wege zu Gericht flexibel über die Plattform JustizOnline erledigen. So können sie digital auf ihre Verfahren zugreifen und Einreichungen bei Gericht und Staatsanwaltschaft vornehmen. Es ist jederzeit möglich, elektronisch Akteneinsicht zu nehmen und den Stand des Verfahrens abzufragen. Das zum Teil über den Digitalisierungsfonds finanziert Serviceangebot wurde nach intensiven Vorbereitungen im Jahr 2022 auch für Unternehmen und Behörden geöffnet. Dafür wurde die Plattform bei der Authentifizierung „smart“ mit dem Unternehmensserviceportal verknüpft. Wer über eine entsprechende Berechtigung in diesem Portal verfügt, etwa als Geschäftsführer:in, kann somit auch für das Unternehmen auf JustizOnline tätig werden.



Justitia
der Chatbot von JustizOnline

„Ich unterstütze nun zusätzlich zu Privatpersonen auch Unternehmen und Behördenvertreter:innen mit Antworten auf ihre Fragen.“



Die entsprechende Person erhält online einen Überblick über sämtliche Verfahren, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Es ist auch jederzeit nachvollziehbar, ob zum Beispiel ein eingelegter Einspruch zum anhängigen Verfahren eingegangen ist. Einzelnen Mitarbeiter:innen können verschiedene Rechte eingeräumt werden, damit sie beispielsweise nur auf Zivilverfahren oder auch nur auf ein spezielles Verfahren zugreifen können. Bei der Authentifizierung von Behörden wird auf das bundesweit etablierte System des Portalverbund-Protokolls gesetzt.

Auch der Chatbot Justitia unterstützt nun nicht mehr nur Privatpersonen. Er hilft auch Unternehmen sowie Behördenvertreter:innen mit Antworten auf ihre Fragen weiter.

Bundesministerium

für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie

Klima smart schützen

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) nutzt smarte Lösungen für mehr Service und bessere Planung.



Bundes-CDO-Stv.
AL Ing. Joachim Tischler, MSc

**„Smarte Digitalisierung
ist ein wichtiger
Partner für effektiven
Klimaschutz.“**

Verkehrsplanung am Puls der Zeit

Die Entwicklung verkehrspolitischer Strategien und Maßnahmen erfordert eine möglichst gute Einschätzung der künftigen Entwicklung des Verkehrs - und der Wirkungen geplanter Maßnahmen. Das bestehende „Verkehrsmodell Österreich“ ist veraltet, neuere Mobilitätskonzepte – beispielsweise Sharing-Systeme – sind darin gar nicht berücksichtigt. Die Verkehrsprognose 2040 wurde daher von Grund auf neu aufgesetzt und als lebendes Modell konzipiert. Auch im Betrieb sollen einzelne Module aktualisiert werden können. Im Projekt wurden gemeinsam mit 16 Auftragnehmer:innen bestehende Datenbestände eingebunden und für Prognosemodelle nutzbar gemacht. Die Verkehrsprognose 2040+ des BMK berücksichtigt auch soziodemografische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen. Im Rahmen der Prognose werden alle Verkehrsträger adressiert. Ein besonderer Fokus liegt auf intermodalen Verkehren (z.B. die Nutzung von Park-and-Ride Anlagen, Umschlagknoten im Güterverkehr). Nach Vorliegen des

Modellsystems wird die Verkehrsprognose 2040+ als Modellanwendung berechnet. Digitalisierung sorgt somit für belastbare, aktuelle Grundlagen der Verkehrsplanung, die von allen relevanten Steuerungsebenen genutzt werden können – von der Bundesebene bis hin zur Verkehrsplanung von Ländern, Städten und Gemeinden.



*Die Verkehrsprognose 2040+
des BMK berücksichtigt
verschiedene Entwicklungen.*



Jede eingesparte Telefonsekunde steigert die Kund:innenzufriedenheit und senkt die Kosten.

Klimabonus: Kund:innendienst mit Künstlicher Intelligenz

Mit der Ökosozialen Steuerreform hat CO₂ in Österreich einen Preis erhalten. Klimaschädliches Verhalten wird dadurch teurer. Um die damit verbundenen Preiserhöhungen auszugleichen, fließen Mittel aus der CO₂-Bepreisung in Form des „Klimabonus“ zurück an die Menschen. Die Auszahlung erfolgt in jeder Hinsicht smart: es ist kein Antrag notwendig – und auch keine eigenständige Datenhaltung und Datenermittlung. Wer seine Kontodaten auf FinanzOnline nach dem 1.1.2020 aktualisiert hat, erhält den Klimabonus direkt auf das Konto überwiesen. Damit 2023 die Empfänger:innen – des regional gestaffelten Klimabonus – bei Fragen und Anliegen schneller und einfacher bedient werden, wurde 2022 eine KI-Lösung entwickelt. Die mit vier Technologiepartner:innen entwickelte Anwendung ermöglicht es, fast jede:n potenzielle:n Klimabonusempfänger:in hinreichend zu identifizieren, um automatisiert Auskünfte zu erteilen und einen Reklamationsprozess zu beginnen. Damit kann man seine persönliche Klimabonusauskunft einfach online mit dem persönlichen Lichtbildausweis einholen. Jede dadurch eingesparte Telefonsekunde bedeutet ein Plus an Kund:innenzufriedenheit und ein Minus an Kosten.

Gefährliche Abfälle: Vollelektronischer Begleitschein

Wenn in Österreich gefährliche Abfälle transportiert werden, muss ein Begleitschein ausgestellt und immer mitgeführt werden. Der Behörde müssen die Begleitscheine gemeldet werden. Bisher musste dafür ein detailliertes Formular ausgedruckt und von den Fahrer:innen mitgeführt werden. Mit der Digitalisierung der Begleitscheinabwicklung ist dies Geschichte. Gemeinsam mit dem Umweltbundesamt wurde eine Erstversion entwickelt und anschließend mit Gemeindeverbänden und Unternehmen auf ihre Praxistauglichkeit getestet. In Zusammenarbeit mit einem externen Partner wurde darauf aufbauend ein kooperatives System etabliert, das sich in die vorhandene Digitalisierungslandschaft integriert. So können alle am Abfalltransport Beteiligten mit dem „Elektronischen Datenmanagement Umwelt“ und ihren Geschäftspartner:innen elektronisch interagieren. Zusätzlich ist es für die Unternehmen möglich, über ein Business-to-Business-Messaging System miteinander zu kommunizieren und Daten einfacher auszutauschen. Das Verfahren wird durch die Anbindung an die Bundesdateninfrastruktur smart – und setzt das „Once Only Prinzip“ um. Davon profitieren Wirtschaft und Verwaltung.



Mit der Digitalisierung der Begleitscheinabwicklung sind detaillierte, ausgedruckte Formulare, die mitgeführt werden müssen, Geschichte.

Bundesministerium
für Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

Sichere elektronische Zustellung für alle

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentliche Verwaltung und Sport (BMKÖES) sorgte im Berichtszeitraum dafür, dass die elektronische Zustellung an alle Bediensteten des Bundes sicher funktioniert. Der Rollout an alle Ressorts soll Anfang 2024 abgeschlossen sein.



CDO
AL Mag. Florian Dohnal, MA

**„Die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter des
öffentlichen Dienstes
brauchen digitale
Lösungen, die effizient,
modern und sicher sind.“**

Mit der 2. Dienstrechts-Novelle 2022 wurde der Weg zu einer einheitlichen, kostengünstigen und rechtsgültigen elektronischen Zustellung an alle Bediensteten des Bundes rechtlich geebnet. Anschließend erfolgte die erfolgreiche Umsetzung: Durch die vorbildliche Projektzusammenarbeit zwischen BMKÖS, BMF, BKA und BRZ – unter Berücksichtigung bereits bestehender und etablierter Systeme (wie Mein Postkorb, BRZ-Zustelldienst und Serviceportal Bund) – konnte die elektronische Zustellung erfolgreich technisch konzipiert und umgesetzt werden. Gleiches gilt auch für die verfahrensrechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen.



Stufenweise Umsetzung

Seit Beginn 2023 wird die neue elektronische Zustellung im Bund stufenweise zum Einsatz gebracht. So erfolgte bereits im Februar 2023 der Rollout einer Erstversion für alle Bediensteten aller Ressorts, die bereits privat bei Mein Postkorb registriert waren. Mit Juli 2023 wurde die Vollversion der elektronischen Zustellung flächendeckend im BMF ausgerollt. Seit Herbst 2023 steht der Rollout bei allen weiteren Ressorts am Programm, die das elektronische Dokumentations- und Prozessmanagement (eDok/Pro) bereits in vollem Funktionsumfang nutzen. Der Rollout bei allen anderen Ressorts, welche die technischen Voraussetzungen erfüllen, wird im Anschluss erfolgen und soll bis zum ersten Quartal 2024 abgeschlossen werden.

2-Faktor-Authentifizierung im Gesetz verankert

Ein wichtiger Faktor ist die Sicherstellung einer 2-Faktor-Authentifizierung in den Ressorts. Auf sie wurde und wird hingewiesen, um modernen Sicherheitsanforderungen zu entsprechen und potenziellen Bedrohungen entgegenzuwirken. Die 2-Faktor-Authentifizierung ist nicht nur eine sicherheitstechnische Empfehlung, sondern auch eine im Gesetz definierte Voraussetzung zur Nutzung der neuen elektronischen Zustellung.



Die 2-Faktor-Authentifizierung ist gesetzlich erforderlich für die elektronische Zustellung.

Bundesministerium
für Land- und Forstwirtschaft,
Regionen und Wasserwirtschaft

Smartes Land

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) macht mit smarten Plattform- und App-Lösungen der heimischen Landwirtschaft das Leben und Arbeiten leichter.



eAMA erleichtert die Antragstellung durch die Nutzung vorhandener Stammdaten nach der Anmeldung.



Digitale Förderplattform

Auf Basis des gemeinsamen Strategieplans für die GAP-Förderperiode 2023–2027 hat das Ressort die Agrarmarkt Austria (AMA) mit der Digitalisierung der Antragstellung für Sektor- und Projektmaßnahmen (Imkerei, Obst & Gemüse, Wein und ländliche Entwicklung) beauftragt. Dafür wurde 2022 eine gemeinsame Digitale Förderplattform (DFP) entwickelt. Sie dient sowohl förderwerbenden Personen zur Antragstellung, als auch den bewilligenden Stellen zur Bearbeitung, Prüfung und Genehmigung der Anträge. Möglich ist auch die direkte Kommunikation mit der förderwerbenden Person. Auf dem Informationsportal sind alle relevanten Auskünfte und Unterlagen zu den Sektor- und Projektmaßnahmen zu finden.

Seit 2023 muss die Antragstellung für die Sektor- und Projektmaßnahmen über die neu geschaffene Plattform erfolgen. Eine Antragstellung über die Digitale Förderplattform ist nur unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur (ID Austria) möglich. Der Mehrwert für die Antragsteller:innen ist erheblich: Nach erfolgter Registrierung bzw. nach erfolgtem Login in eAMA können sehr viele vorhandene Daten, insbesondere Stammdaten, direkt übernommen und genutzt werden. Dadurch wird die Antragstellung deutlich erleichtert.

Alles im Bild mit der „AMA MFA Fotos App“

Zahlreiche Förderauflagen (wie Mähzeitpunkte, Ernte, Bodenbedeckung) für flächenbezogene Zahlungen müssen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik ab dem Jahr 2023 über ein Flächenmonitoringsystem überprüft werden. Damit ist eine automatisierte Prüfung der Beantragung im Mehrfachantrag (MFA) und der Einhaltung der eingegangenen Bewirtschaftungsverpflichtungen zur Erreichung einer besseren Antragsqualität zu verstehen. Für das Monitoring werden die laufenden Informationen aus den Sentinel-Satellitendaten mit den Angaben der Anträge der landwirtschaftlichen Betriebe verglichen.



CDO
SC Mag. DI DDr. Reinhard Mang

„Wir verkürzen mit smarter Digitalisierung Wege und Aufwände für alle unsere Zielgruppen.“

Bei eindeutig festgestellten und relevanten Abweichungen erhalten die landwirtschaftlichen Betriebe unter anderem durch die „AMA MFA Fotos App“ eine Aufforderung zur Aufklärung des Sachverhalts. Mit Hilfe der smarten Anwendung können Landwirte schnell und einfach einen geolokalisierten Fotonachweis mit bis zu drei Fotos oder bei Bedarf eine Korrektur an die AMA übermitteln und damit Sachverhalte rasch klären bzw. richtigstellen. Damit wird die Anzahl und Dauer von Vor-Ort-Kontrollen auf den landwirtschaftlichen Betrieben deutlich reduziert. Das bedeutet auch für die Betriebe eine wesentliche Entlastung. Zusätzlich können so auch etwaige Beihilfekürzungen vermieden und die Qualität der Antragstellung erhöht werden.

Bundesministerium
für Landesverteidigung

Smartes Heer

Das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) lässt für Bildung, Nachhaltigkeit und Verwaltung nicht die Soldatinnen und Soldaten, sondern die Daten laufen.



Über die Chatfunktion ist die direkte Kommunikation zwischen Bürger:innen und zuständigen Referent:innen möglich.

Ausbildung sicher digitalisieren

Das BMLV führte Moodle als Lernmanagementsystem ein. Die innovative E-Learning-Plattform ermöglicht es, den gesamten Ausbildungsprozess effizienter und flexibler zu gestalten. Lehrende können Lehrinhalte digital bereitstellen. Alle Bediensteten können auf Lerninhalte und Unterlagen zugreifen. Eine segmentierte (W)LAN-Infrastruktur gewährleistet die sichere Nutzung von privaten Geräten („Bring Your Own Device“) an den Akademien und Schulen. Die Nutzer:innen können dabei nur auf die für sie freigegebenen Ressourcen im Netzwerk zugreifen.

„bundesheeronline“: Digital und direkt kommunizieren

Mit dem 2022 vorbereiteten eGovernment-Service „bundesheeronline“ können seit Juni 2023 die ersten Verfahren für Bürger:innen im österreichischen Bundesheer durchgängig digitalisiert angeboten werden. Durch die Nutzung von österreichischen eGovernment-Standardtechnologien (u.a. ID Austria, PVP-Portalverbundtechnologie) kann man u.a. Anträge auf Familienunterhalt oder Bankdaten medienbruchfrei digital einbringen. Eine Besonderheit ist die Möglichkeit der direkten Kommunikation zwischen Bürger:innen und zuständigen Referent:innen. Sie ist zu jedem Zeitpunkt über eine ‚Chatfunktionalität‘ gewährleistet. Bürger:innen werden über den Bearbeitungsstatus transparent informiert und können, sofern erforderlich, Dokumente unkompliziert nachreichen.



CDO GenMjr
Ing. Mag. Hermann Kaponig

„Der militärische Fähigkeitsaufbau für den Normbetrieb, Krisenfall und Einsatz wird unter Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zusammen geplant und realisiert. Die erfolgreiche Umsetzung des Aufbauplans ÖBH2032+ ist ohne gleichzeitige Digitalisierung undenkbar!“

Smarter Kommunikationsserver

In den Stellungshäusern des Heeres werden verschiedene Geräte (Muskelkraftstuhl, Blutanalysegeräte etc.) zur Eignungstestung verwendet. Die Informationen wurden bislang durch manuelle Eingabe zwischen den genutzten Systemen ausgetauscht. Bei einer Fehlerquote von nur einem Prozent bedeutet das für eine Stellungsstraße mit ca. 500.000 Datensätzen im Jahr 5.000 Fehleingaben. Dank der Implementierung des Kommunikationsservers „Mirth Connect“ als Open-Source-Lösung wurde die manuelle Datenerfassung obsolet – und so die Fehlerquote auf null reduziert. Der Kommunikationsserver ermöglicht die interoperable Einbindung von aktuell ca. 50 unterschiedlichen Geräten und sorgt dafür, dass die Daten untereinander und mit anderen Systemen und Anwendungen automatisiert ausgetauscht werden. Mirth Connect unterstützt zudem viele Plugins, die es ermöglichen, die Funktionalität der Plattform smart an individuelle Anforderungen anzupassen.



Bundesministerium

für Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) setzt die ID Austria ein, damit Bürger:innen auch in anderen EU-Ländern sicher zu verschriebenen Medikamenten kommen.



CDO
SCin Mag.a Dr.in
Brigitte Zarfl

**„Smarte digitale Tools
sind ein wichtiges Rezept
für eine medizinische
Versorgung, auf die immer
und überall Verlass ist.“**

Grenzüberschreitende elektronische Gesundheitsdienste werden für mobile Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union immer wichtiger. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) arbeitet aktiv am Projekt „MyHealth@EU“ mit - und realisiert dafür eine viel beachtete smarte Lösung, welche die ID Austria zur Nutzung grenzübergreifender Services zur sicheren Identifikation österreichischer Patient:innen integriert. Der Service „ePrescription“ ermöglicht die elektronisch gestützte Abgabe österreichischer Verschreibungen von Arzneimitteln im Ausland. Der große Vorteil für Bürger:innen: Sie können ihre benötigten Arzneimittel über eine niederschwellige und sichere Identifikation in einer Apotheke jedes anderen EU-Mitgliedsstaates erhalten, welche sich bereits an die EU-Infrastruktur angebunden hat. Die Verschreibungen werden dabei elektronisch aus ihrem Wohnsitz- in ihr Reiseland übertragen.



Der Testbetrieb des „One Time Token“-Service geht Ende 2024 in den Echtbetrieb über.

Sicherheit entscheidet

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die sichere Identifizierung und Authentifizierung der Bürger:innen. Dafür sorgt das BMGSPK mit der Nutzung der ID Austria. Der Ablauf gestaltet sich folgendermaßen:

- Man öffnet am Smartphone (bzw. auf PC oder Laptop) eine Webseite, die am öffentlichen Gesundheitsportal Österreichs (gesundheit.gv.at) verlinkt ist. Dort wird man über die Verwendung der Daten durch die ausländische Apotheke informiert.
- Danach erfolgt ein Loginvorgang auf Basis der ID Austria. Das System erstellt einen sogenannten „One Time Token“. Das ist ein achtstelliger Code aus Buchstaben und Ziffern, der nur für kurze Zeit gültig ist.
- Dieser Code wird in der Apotheke per QR-Code oder Klartext vorgewiesen und dort eingelesen bzw. eingegeben. Über standardisierte, verschlüsselte Schnittstellen wird der Code nach Österreich übermittelt und hier auf Gültigkeit geprüft.
- Ein verschlüsselter „Identifier“ wird anschließend an die ausländische Apotheke übermittelt, die damit die aktuellen Rezepte über einen österreichischen Server aus dem eRezept-System abrufen kann.

Das im Testbetrieb befindliche „One Time Token“-Service wird Ende 2024 im Rahmen des ePrescription-Projektes in Echtbetrieb gehen.

Großes Interesse

Im Rahmen diverser EU-Arbeitsgruppen wurde diese Methode bereits demonstriert – und ist auf großes Interesse anderer EU-Staaten gestoßen. Das innovative Gesundheitsservice stellt eine weitere sinnvolle Anwendung der ID Austria dar. Die entwickelte Systematik kann auch in anderen Bereichen genutzt werden, in denen Bürger:innen mit hoher Qualität identifiziert bzw. authentifiziert werden müssen.





Smart Government auf Landes- ebene

Ausgewählte Projekte
der Bundesländer



BURGEN LAND



Digital sozial

Mit smarten Lösungen macht das Burgenland unterschiedliche Verwaltungsverfahren für alle Beteiligten schneller und effektiver.



Landesamtsdirektor
Mag. Ronald Reiter, MA

Schnell und digital zu Heizkostenzuschuss und Wärmepreisdeckel

Die Burgenländische Landesregierung richtete im Juli 2022 einen Sozial- und Klimafonds ein. Daraus werden Maßnahmen finanziert, um schlechter gestellte Personen mit Hauptwohnsitz im Burgenland von der Teuerung zu entlasten. Die Antragstellung erfolgt dabei entweder durch die Förderwerber:innen mittels ID Austria oder über die örtliche Wohnsitzgemeinde. Für die digitale Erfassung der Anträge wurde den Gemeinden eine moderne PVP-Anwendung zur Verfügung gestellt. Die durchgängige Digitalisierung der Antragstellung ermöglicht rasche und unbürokratische Verfahren. Rund 10.000 Burgenländer:innen konnten die Unterstützung daher zeitnah erhalten.

Baulandmobilisierungsabgabe: Verschneidung von Katastern und Registern

Bereits im Jahr 2019 beschloss der Burgenländische Landtag eine Baulandmobilisierungsabgabe. Ziel des Beschlusses war es, burgenländisches Bauland - weiterhin - leistungsfähig zu machen. Die Bestimmung ist seit 2021 in Kraft. Grundsätzlich besteht seither eine Abgabepflicht für alle unbebauten Baulandgrundstücke. Das Gesetz sieht allerdings eine Reihe von Ausnahmen vor, bei denen keine Abgabe zu zahlen ist. Der mit der Einhebung verbundene Verwaltungsaufwand wird durch eine smarte eGovernment Applikation minimiert. Dahinter steht die Verschneidung unterschiedlicher Kataster und Register, wie digitale Katasterkarten, digitaler Flächenwidmungsplan, Grundbuch, Zentrales Melderegister und Unternehmensregister.

Für Grundbesitzer:innen wurde zudem ein Online-Formular entwickelt, damit sie – zur Befreiung von Grundstücken von der Baulandabgabe – rasch und unbürokratisch Ausnahmetatbestände melden können.

Digitale Erleichterungen für Heime und Bezirksverwaltung

Die smarte Digitalisierung von Abrechnungen im Bereich Alten-, Wohn- und Pflegeheime nützt Heimbetreiber:innen und der Bezirksverwaltung im Burgenland. Der Hintergrund: Im Rahmen der burgenländischen Sozialhilfe übernimmt die örtliche Bezirksverwaltungsbehörde für Burgenländer:innen die Kosten einer notwendigen Heimunterbringung, wenn deren eigene Mittel dafür nicht ausreichen. Die Kostenübernahme wird dabei mittels Bescheid festgestellt. Auf dieser Grundlage stellt das jeweilige Heim die anfallenden Kosten der Bezirksverwaltungsbehörde in Rechnung. Die Prüfung der Rechnung auf sachliche und rechnerische Richtigkeit und deren Anweisung waren bisher sehr zeitaufwendig. Im Zuge der durchgängigen Automatisierung der Abrechnung von Heimen gibt es erhebliche Vereinfachungen. Sie umfassen die elektronische Rechnungslegung durch die Heimbetreiber:innen via USP, die Kopplung der Sozialhilfe-DB an das Pflegeinformationssystem sowie die automatisierte Prüfung der e-Rechnungspositionen (gültiger Bescheid, korrekte Pflegestufe, korrekter Tagsatz). Zudem werden Rechnungsleger:innen automatisch über den Status der e-Rechnung informiert. Die e-Rechnung wird für die Bezirksverwaltungsbehörde zur Anweisung vorbereitet.



KÄRNTEN



Digital first mit „diva“

Die durchgängige digitale Aktenbearbeitung stellt das Land Kärnten mit dem digitalen Verwaltungsakt „diva“ sicher. Die Lösung bringt einen smarten Paradigmenwechsel.



Landesamtsdirektor
Mag. Dr. Dieter Platzer, MAS

Der digitale Akt ist das führende Medium und das Original – Papierdokumente gelten hingegen nur mehr als Arbeitsbehelfe: Dieser Grundsatz steht hinter dem Projekt „diva – digitaler Verwaltungsakt“, mit dem Kärnten seine Verwaltung „einfach, schnell und übersichtlich“ weiterentwickelt. Im Berichtszeitraum erfolgten wichtige Umsetzungsschritte der neuen Lösung, die ab 2024 vollständig in Betrieb sein wird.

Geschäftsprozesse vollständig digital abarbeiten

Implementiert wurde die neue Lösung auf Basis eines klaren Anforderungsprofils an ein neues ELAK-System für Kärnten, das u. a. hohen Reifegrad, umfangreiche Standardfunktionalitäten und eine gute Integrationsfähigkeit in die bestehende IT-Umwelt umfasste. Das System soll die vollständige digitale Abarbeitung von Geschäftsprozessen ermöglichen, die Erledigung von Verwaltungsaufgaben bestmöglich unterstützen, aber auch die Arbeitsqualität verbessern. Weitere gewünschte Effekte: raschere Abarbeitung durch einfache Informationsgewinnung, Minimieren von Manipulationsaufwand für Papier sowie Bereitstellen eines Basissystems für weitere Digitalisierungsprojekte.

Keine Doppelaufwände und Medienbrüche

Die Umsetzung von „diva“ umfasste mehrere Projektteile, darunter das Posteingangs-Scanning für eine hochwertige Qualität der Eingangsstücke, den sicheren Zugang zum IT-System und die digitale Dokumenten- und Aktenverwaltung, die „diva“ durchgängig ermöglicht. Die Arbeitsplatztools des Landes werden mit „diva“ modernisiert und funktionell auf neuesten Stand gebracht. Zudem entspricht die neue Lösung den gestiegenen Anforderungen bei Datenverarbeitung und Datensicherheit. Doppelaufwände und administrative Hürden durch Medienbrüche werden bereinigt.

Erhebliche Erleichterungen

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes bedeutet der Einsatz von „diva“ erhebliche Erleichterungen bei der täglichen Arbeit: Arbeitsabläufe werden schneller (z.B. Volltextsuche Berechtigter über alle Akten). Die Zusammenarbeit wird einfacher (z.B. „Teamroom“ für gemeinsame Arbeit am selben Dokumentenbündel). Es können auch neue mobile Werkzeuge (Tablet, App) sicher genutzt werden. Zudem sorgt „diva“ für hohe Verfügbarkeit und Sicherheit aller Akten: Es kann nichts verloren gehen oder manipuliert werden, Verlauf und Versionen können gespeichert werden. So sorgt „diva“ für eine Landesverwaltung, die sicher und smart arbeitet.

Smarte Städte



Österreichischer
Städtebund

Egal, ob Cybersicherheit, Amtswege, Hinweisgebersystem, Bauverfahren oder Bürgerservice: Österreichs Städte nutzen gezielt die Potenziale smarter digitaler Lösungen.



100.000

*Online-Formulare werden von
Gemeinden und Städten durch
den Service genutzt*

Interkommunale Cybersecurity-Initiative

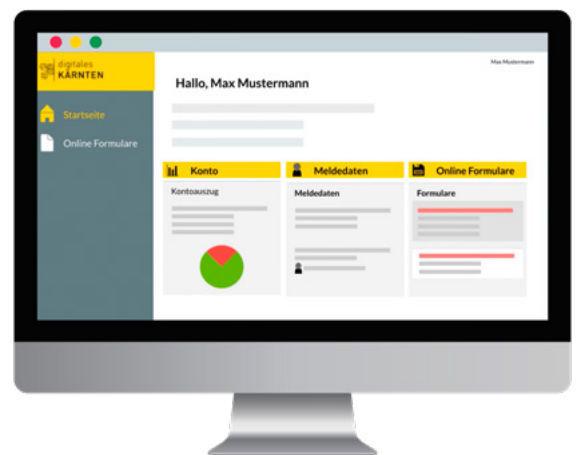
Im Rahmen einer städteübergreifenden Cybersecurity-Initiative hat der Österreichische Städtebund 2022 eine Kooperation mit dem Department „Sichere Informationssysteme“ an der FH Hagenberg initiiert. Dabei wird ein mit der Cybersicherheitsrichtlinie NIS2 konformer Leitfaden für ein Self-Assessment der IT-Sicherheit in Städten und Gemeinden entwickelt. Mögliche Schwachstellen können damit einfach identifiziert und beseitigt werden.

Onlineformular-Standard

Ebenfalls auf Betreiben des Österreichischen Städtebundes werden unter der Bezeichnung „amtsweg.gv.at“ für jedes Bundesland standardisierte kommunale Online-Formularsammlungen als zentraler Cloud-Service zur Verfügung gestellt. Der Service wird bereits von mehr als 1.100 Städten und Gemeinden mit mehr als 100.000 Online-Formularen umfassend genutzt. Durchgängiges, barriere- und medienbruchfreies eGovernment ist durch eine Integration der Online-Formulare in oesterreich.gv.at und in die „Digitales Amt“-App sowie in die beliebte Gem2Go-App speziell für Gemeindebürger:innen gewährleistet. Eingelangte Anträge werden dann gesichert in die „Gemeindecloud“ übertragen. Das ist ein auf Wunsch des Städtebundes eingerichteter, zentraler kommunaler Cloud-Speicher.

Hinweisgebersystem für Städte und Gemeinden

2022 war die Hinweisgeber-Richtlinie der Europäischen Union bereits in Kraft, womit betroffene Städte mit mehr als 10.000 Einwohner:innen eine interne Meldestelle für Hinweise anbieten mussten. Rund drei Viertel der Städte (74 Prozent) haben sich für das vom Österreichischen Städtebund, vom Verband der Kommunalbetriebe und vom Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft initiierte und geförderte Hinweisgebersystem „Hinweisportal“ entschieden. Dabei handelt es sich um eine zentrale österreichische Cloud-Anwendung. Sie bietet weit über das Hinweisgeberschutzgesetz hinausgehende Möglichkeiten, Hinweise vollkommen anonymisiert – und auch zu wesentlich mehr Tatbeständen als gesetzlich vorgesehen – abzugeben.



Digitale Baueinreichung in Wien

BRISE bedeutet „Building Regulations Information for Submission Involvement“ und ermöglicht eine völlig neue Dimension der Digitalisierung von Bauverfahren in Wien. Das BRISE-Projekt verbindet die High-Tech-Methoden Building Information Modeling (BIM), Künstliche Intelligenz (KI) und Augmented Reality (AR) zu einem umfassenden, durchgängig digitalen und automatisierten Genehmigungsverfahren. Statt 2D-Papierplänen kommen gänzlich digitale 3D-Gebäudemodelle zum Einsatz. Die BRISE-Lösung reicht von der Planung über die Einreichung bis hin zur Baustellen-Kontrolle vor Ort und der Abnahme des fertigen Bauwerks. Die digitalen Baugenehmigungs-Verfahren dauern um bis zu 50 Prozent kürzer und sparen allen Beteiligten Zeit und Geld.



Bei BRISE kommen digitale 3D-Gebäudemodelle zum Einsatz

Ausgezeichnetes Bürger:innenportal

Das Kärntner Bürger:innen-Portal „Kaerstin.at“ wurde 2023 mit dem österreichischen Verwaltungspreis in der Kategorie „Innovatives Service-design und digitale Services“ ausgezeichnet. Es bietet Städten und Gemeinden die Möglichkeit, mit Bürger:innen digital und effizient in Kontakt zu treten. Diesen wird dabei nach Login mit der ID Austria ein gemeindeübergreifender Zugang zu Verwaltungswegen ermöglicht. Auf ihrem persönlichen Bürgerservicekonto erhalten Bürger:innen zentral alle Informationen und Kontoauszüge zu fälligen Abgaben, Gebühren und persönlichen Meldedaten. Vorhandene Daten werden für vorbefüllte Anträge genutzt. Für die Gemeindeverwaltungen wird mit Kaerstin.at eine schnelle, gut skalierende Möglichkeit für Online-Dienste angeboten, die zudem dem „Once-Only-Prinzip“ Rechnung trägt.



NIEDER ÖSTERREICH



Digitalisierung smart denken und umsetzen

Niederösterreich sensibilisiert und informiert Bedienstete der Landesverwaltung gezielt für smarte digitale Lösungen – und setzt diese auch in der Praxis um.

Workshopserie „Trendmanagement Digitalisierung“

Im Rahmen der Workshopserie „Trendmanagement Digitalisierung“ für die NÖ Landesverwaltung wurden im Jahr 2022 187 Bedienstete aus den elf Gruppen der NÖ-Landesverwaltung sowie 65 Bedienstete der 20 niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaften mit Technologie- und Digitalisierungstrends vertraut gemacht. Die Trends wurden direkt auf den jeweiligen Wirkungsbereich der Dienststellen bezogen. Für jede Dienststelle wurden ein „Zukunftsradar“ erarbeitet sowie konkrete Handlungsableitungen formuliert, wie mit digitalen Möglichkeiten verantwortungsvoll umgegangen werden kann. Der Austausch über Abteilungs- und Gruppengrenzen hinweg ist für smarte Anwendungen besonders wichtig.

„digiNet goes Campus“ für mehr digitalen Kompetenzen

In jeder Dienststelle der NÖ Landesverwaltung ist eine Person als Digitalisierungsbeauftragte bzw. Digitalisierungsbeauftragter für die Unterstützung bei der digitalen Transformation nominiert. Die Initiative „digiNet goes Campus“ – gemeinsam mit dem „Haus der Digitalisierung“, den Fachhochschulen Krems, St. Pölten und Wiener Neustadt (FOTEC), dem Josephinum Research Wieselburg und der Universität für Weiterbildung Krems – schärft die digitalen Kompetenzen der Digitalisierungsbeauftragten (digiNet) und bringt Wissenschaft und Verwaltung näher zusammen. Themen waren 2022 unter anderem Internet der Dinge, Digitale Tools und Praxisanwendungen von Künstlicher Intelligenz bis hin zu Virtual Reality.



Landesamtsdirektor
Mag. Werner Trock

Digitale Fitness in der Landesverwaltung

Um die digitale Fitness neuer Bediensteter für die spezifischen Systeme des NÖ Landesdienstes zu forcieren, hat die IT-Abteilung der NÖ Landesverwaltung ein neues, maßgeschneidertes Ausbildungsprogramm erstellt: Die Basisausbildung erfolgt an der jeweiligen Dienststelle. Aufbaukurse werden durch zentrale Trainerinnen bzw. Trainer angeboten. Es gibt Schulungseinheiten in Präsenz, E-Learning-Einheiten sowie orts- und zeitunabhängige Lernzielkontrollen. Unter dem Motto „Lehre trifft Digitalisierung“ fand etwa erstmals ein Netzwerktreffen für Lehrlinge des Landesdienstes statt. In einem Showroom wurde der Einsatz moderner Technologien im Landesdienst veranschaulicht. Die Geschäftsstelle für Technologie und Digitalisierung war mit drei interaktiven Stationen zu Robotik, Künstliche Intelligenz und Augmented Reality vertreten, um das Bewusstsein für diese Themen zu schärfen.

Smarte Straßenzustandserfassung

Mobiles Arbeiten mit Smart-Devices steht im Mittelpunkt der Straßenzustandserfassung im niederösterreichischen Gemeindestraßennetz. Dabei werden 38.000 km Fahrbahn außerhalb von Ortsgebieten und 14.000 km Fahrbahn in Ortsgebieten aufgenommen. Alle Nutzungstreifen (Gehweg, Radweg, Fahrbahn, Parkstreifen) werden vor Ort erfasst und hinsichtlich ihres Zustandes bewertet. Auf Basis der Zustandsbewertung werden notwendige Maßnahmen sowie der Finanzmittelbedarf ermittelt und priorisiert. Das Projekt umfasst die vollständige Erfassung der Nutzungstreifen für die Graphenintegrationsplattform (GIP). Die Erfassungssoftware wurde als Web-Applikation umgesetzt. Mit der Applikation können auch neue Straßen lage- und querschnittsmäßig erfasst sowie die einzelnen Nutzungstreifen sofort bewertet werden. Diese Straßen werden anschließend in die GIP übernommen.



ÖBER ÖSTERREICH



Smarter Standort

Oberösterreich setzt smarte Services für Unternehmen und Bürger:innen in unterschiedlichen Bereichen ein – von der Wirtschaftsförderung über die Wohn- und Energiekostenunterstützung bis zur Gesundheit.

Wirtschaftsportal Oberösterreich: Erste Adresse für Unternehmen

Das im Berichtszeitraum intensiv vorbereitete Wirtschaftsportal Oberösterreich ist seit Jänner 2023 die zentrale Anlaufstelle für Anträge und Förderansuchen der oberösterreichischen Unternehmen.

Nach einer einmaligen Registrierung beim Unternehmensserviceportal erfolgt die Anmeldung beim Wirtschaftsportal nur mehr per E-ID.

Bei diesem Projekt wurde in Kooperation mit dem BMF österreichweit erstmalig eine generische Kopplung des Wirtschaftsportals Oberösterreich mit dem Unternehmensserviceportal des BMF realisiert. Dies erlaubt es den Unternehmen etwa, ihre User:innen auf dem Unternehmensserviceportal selbst zu administrieren - wobei diese dann das Wirtschaftsportal Oberösterreich benutzen können, ohne sich neu registrieren bzw. nochmals extra anmelden zu müssen. Zudem ist die Kopplung Grundlage für weitere Verfahren bzw. Anwendungen des Landes Oberösterreich, die eine Registrierung beim USP voraussetzen.

Durch die eindeutige Identifizierung der Unternehmen ermöglicht die Kopplung die Übernahme geprüfter Daten aus Registern über den Register- und Systemverbund, der mit diesem Projekt ebenfalls erstmalig angebunden wurde. Damit wird dem Once-Only-Prinzip entsprochen: Die Unternehmen ersparen sich die Bekanntgabe von bereits in Registern vorhandenen Daten. Die Mitarbeiter:innen des Landes Oberösterreich ersparen sich wiederum einen manuellen Abgleich bzw. Überprüfung von eingegebenen Daten. Durch die automatisierten Registerabfragen wird auch die Datenqualität erhöht. Im ersten Halbjahr 2023 der smarten Serviceleistung wurden bereits knapp 1.500 Anträge eingereicht.



Landesamtsdirektor
Mag. Thomas Schäffer

Der Digitalisierungsgrad in der Abteilung Wirtschaft und Forschung des Landes beträgt derzeit rund 81% aller Unternehmensförderfälle.

Smarter Wohn- und Energiekostenbonus

Um private Haushalte bei der Bewältigung der steigenden Wohn- und Energiekosten zu unterstützen, gibt es in Oberösterreich – ergänzend zum bestehenden Oö. Heizkosten- und Energiekostenzuschuss – den Oö. Wohn- und Energiekostenbonus. Die Auszahlung des OÖ Wohn- und Heizkostenzuschusses wurde vollständig automatisiert: Für jeden Antrag wurden ein Abgleich mit dem Zentralen Melderegister (Haushaltsabfrage) und die Abfrage des Haushaltseinkommens über die Transparenzdatenbank implementiert. So konnten in wenigen Wochen 93% der ca. 200.000 Anträge ohne Bearbeitungseingriff abgearbeitet werden.

Ausgezeichneter Epidemiomonitor

Für das Epidemienmanagement wurde in Oberösterreich eine eigene Anwendung entwickelt: der Epidemiomonitor. Damit wurde es möglich, Bescheide automatisiert zu erstellen, per SMS Informationen an Erkrankte und Kontaktpersonen zu versenden, behördliche Anordnungen zu dokumentieren und für Krisenstäbe Daten zur Lagebeurteilung zur Verfügung zu stellen. So konnten Prozesse vollständig digital und in einem hohen Ausmaß ohne manuelle Eingriffe abgewickelt werden. Für den Epidemiomonitor wurde zahlreiche Schnittstellen eingebunden bzw. neu erstellt. Neben dem Abgleich mit dem Zentralen Melderegister und der Anbindung an das eigene Aktensystem wurde unter anderem auch ein Datenabgleich mit dem Epidemiologischen Meldesystem des Bundes durchgeführt. Die smarte oberösterreichische Anwendung wurde 2023 mit dem österreichischen Verwaltungspreis ausgezeichnet.



SALZBURG



Natürlich digital

Smarte digitale Lösungen kommen in Salzburg auch im Interesse von natürlichen Ressourcen und Naturschutz zum Einsatz.



Landesamtsdirektor
DDr. Sebastian Huber, MBA

Digitale Verfahren für Trinkwasserversorgung

Verfahren nach dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) im Bereich der Trinkwasserversorgung werden in Salzburg digital abgewickelt. Basis dafür sind abteilungsübergreifend ausgearbeitete AVG-Verfahrensstandards, wobei die Pilotumsetzung mit LowCode-Technologie erfolgt. Die Einreichungen – in der Regel durch Planungsbüros – erfolgen über das Unternehmensservice-Portal (USP) und über das Portal des Landes Salzburg. Das Verfahren wird durchgängig digital umgesetzt – samt Integration in das Dokumentmanagementsystem Opentext, in das geografische Informationssystem und in sonstige Fachanwendungen (z.B. öffentliches Wasserbuch). Auch die Erledigung erfolgt in automatisierter Form mit Zustellung über die duale Zustellung und den Elektronischen Rechtsverkehr.

Digitaler Grundverkehr

Der abteilungsübergreifend ausgearbeitete AVG-Verfahrensstandard wird in Salzburg auch im Bereich der Raumordnung eingesetzt. Die Vorbereitungen dafür wurden 2022 getroffen. Die in Land Salzburg gesetzlich mit 1. 3. 2023 neu geregelten Verfahren im Bereich des Grundverkehrs (grüner, grauer und Ausländer-Grundverkehr) sind seither durchgängig digitalisiert. Die Einreichung erfolgt in der Regel durch Notar:innen und Rechtsanwält:innen über das Portal des Landes Salzburg. Die automatisiert erstellten Erledigungsschreiben werden dann über den Elektronischen Rechtsverkehr und die duale Zustellung digital übermittelt.

Digitalisierung bei mobilen Abfallbehandlungsanlagen

Die neuen AVG-Verfahrensstandards mit Low-Code-Technologie kommen in Salzburg zudem bei der Digitalisierung von Verfahren im Bereich der mobilen Abfallbehandlungsanlagen zum Einsatz. Die Einreichungen erfolgen hier in der Regel über das Unternehmensservice-Portal. Das Projekt soll stark ausgeweitet werden: Auf Basis der Erfahrungen im Bereich der mobilen Anlagen sollen künftig alle anderen Verfahren im Bereich der Abfallwirtschaft digital umgesetzt werden.

Künstliche Intelligenz für Verkehr und Urkunden

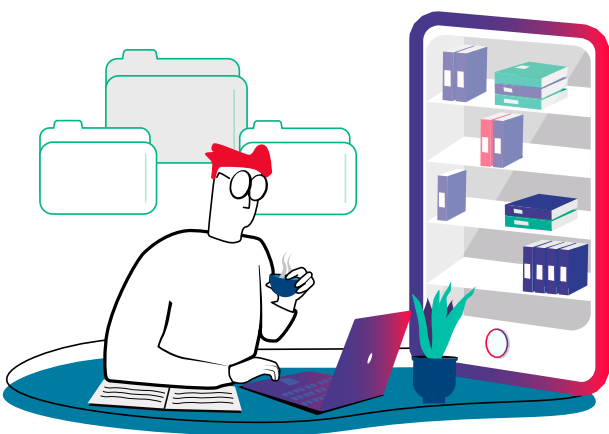
Das Land Salzburg setzt die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz in unterschiedlichen Bereichen ein. So werden die von Autovermietungen und Versicherungen in großen Stückzahlen übermittelten Lenkererhebungen mit KI-Unterstützung digital ausgewertet und automatisiert weiterverarbeitet. KI kommt auch im Urkundenbereich zum Einsatz: Die seit ca. 1850 bestehenden land- und forstwirtschaftlichen Urkunden, die bis heute Rechtsbestand haben, werden gescannt und mittels KI – mit Unterstützung der Universität Innsbruck – vom Kurrent in eine maschinenlesbare Form transkribiert. Damit werden die Urkunden nicht nur bewahrt, sondern sie sind auch in Zukunft lesbar und flexibel nutzbar.

Smart vor Ort

Zahlreiche Gemeinden in Österreich entwickeln ihre Services smart weiter. Ausgewählte Beispiele zeigen, wo und wie Kommunen neue digitale Wege gehen, die für Bürgerinnen und Bürger konkreten Nutzen stiften.

Bodenständig und smart

Die Gemeinde St. Marien in Oberösterreich hat die vollständige Digitalisierung der kommunalen Verwaltung erfolgreich forciert. Anträge und Einbringungen der Bürgerinnen und Bürger werden – unabhängig davon, wie sie eingebracht werden – in eine bearbeitbare digitale Form gebracht und damit zu Auslösern digitaler kommunaler Geschäftsprozesse. Auch der Output der Gemeindeverwaltung erfolgt ausschließlich digital: Egal, ob RsA- oder RsB-Brief, normaler Postversand oder LetterLink – die Daten mit der kommunalen Korrespondenz werden an die Post AG übermittelt, die dann die im Akt entschiedene Zustellung umsetzt. Die Digitalisierung der Verwaltung ist in St. Marien nicht nur eine überzeugende Antwort auf Personalnot, sondern auch Ausdruck einer smarten Digitalisierungsphilosophie: Erklärter Anspruch der Gemeinde ist es, bei Innovationen ganz vorne zu sein, aber bodenständig zu bleiben. Technologisches Rückgrat der digitalen Transformation der Verwaltungsprozesse ist die SAP-basierte Software „GemeindeOrganisator“ (GeOrg). Alle Elemente in den E-Akten, Verknüpfungen zu den Registern, Buchungen im Rechnungswesen oder Daten im Posteingangsbuch und im Versandmodul, sind mit Links versehen und damit über alle Bereiche verknüpft.



Digitale Recycling-Pioniere

Die Gemeindeverbände Horn und Tulln setzen in der Altglas- und Hausmüllentsorgung auf innovative Technologien: Mit Spezi­alsensoren, intelligenten Plattformen, Künstlicher Intelligenz und Funktechnologie von Saubermacher, Magenta Telekom und dem Start-up SLOC können entscheidende Verbesserungen bei der Mülltrennung und Glasentsorgung erzielt werden. Rund 600 Hightech-Sensoren („ANDI2“) maßen und kommunizierten beim Pilotprojekt den Inhalt von 300 Altglas-Behältern an eine intelligente Plattform. Verschiedene Parameter, z. B. Behälterfüllstand oder maximale LKW-Nutzlast, wurden vernetzt – und ein gesamthaft optimierter Tourenplan erstellt. So sollen Behälter nicht schon entleert werden, obwohl sie erst halb voll sind. Aber auch die Haushalte wurden einbezogen, um Fehlwürfe zu reduzieren. Diese erhielten auf Basis der ermittelten Daten direkt eRückmeldungen auf das Smartphone, wie etwa: „In Ihrem Restmüll befinden sich noch erhebliche Fehlwürfe. Der Hauptstörstoff war Leichtverpackung. Bitte achten Sie auf die richtige Mülltrennung. Das schützt die Umwelt und das Klima! Herzlich, Ihr Abfallwirtschaftsverband“. Möglich wird die Erkennung von Fehlwürfen mit einem Wertstoffscanner im Sammelfahrzeug. Würde man die gesamten Fehlwürfe im Restmüll österreichweit reduzieren, so könnte man rund 350.000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Das smarte System soll nun in größeren Regionen getestet werden.



350.000

Tonnen CO₂
könnte man einsparen, wenn
man die Fehlwürfe im Restmüll
österreichweit reduziert.



Österreichischer
Gemeindebund

Digitalisierung mit Konzept

Wie Kommunen strategisch fundiert smarte Digitalisierung mit smartem Klimaschutz verbinden, zeigt Dornbirn in Vorarlberg. Die Digitalstrategie Smart City Dornbirn verfolgt den Anspruch, Möglichkeiten und Potenziale der Digitalisierung für Bürger:innen, Wirtschaftstreibende und die gesamte Region nutzbar machen. Im Mittelpunkt der Strategie stehen die Bereiche „Smarte Verwaltung“, „Smarteres Leben“ und „Smarte Wirtschaft“. Die Strategie orientiert sich konzeptionell an den übergeordneten Strategien des Gemeindeverbandes, des Landes, des Bundes sowie an internationalen Best Practices. Auf Basis der Strategie bietet das Dornbirner Rathaus die neuen Technologien gezielt in Serviceleistungen ein. Anträge, Formulare und Informationen werden digital ausgetauscht und bearbeitet.

Kommunales „Data Warehouse“

Gemeinden verfügen über vielfältige Daten – von der Wasserversorgung über die PV-Stromerzeugung bis zu Umwelt- und Müllentsorgungsdaten. Die niederösterreichische Gemeinde Laab im Walde entwickelte vor diesem Hintergrund ein „Data Warehouse“, das die Sicherung, Aufbereitung und Verknüpfung digitaler Daten auf Gemeindeebene ermöglicht. Davon profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger: So kann man etwa bereits den digitalen Ortsplan mit seiner Werkzeugleiste nutzen, um Grundstücke zu vermessen oder ein PDF zu erstellen. Das liefert wertvolle Unterstützung bei Planungsprojekten.



STEIER MARK



Smarte Infrastrukturen

Steirische Digitalisierungsprojekte förderten im Berichtszeitraum digitale Infrastrukturen, die Kultur und Jugend innovativ unterstützen.



Landesamtsdirektorin
Mag. Brigitte Scherz-Schaar

Digitale Kompetenzen für Jugendarbeit

Nicht nur die Covid-19-Pandemie hat gelebte Jugendkultur noch stärker ins Netz verlagert. Auch Herausforderungen der digitalen Welt wie Cyber-Mobbing erfordern online neue Strategien der Jugendarbeit. Die steirische Kompetenzstelle Digitale Gesellschaft unterstützt Jugendarbeiter:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Lehrer:innen dabei, jungen Menschen auch online zur Seite zu stehen. Dazu wurde 2022 in Fortbildungen vermittelt, wie Online-Beratungsgespräche gelingen und wie (Cyber-)Mobbing-Situationen erfolgreich bearbeitet werden können. Auch die Zusammenhänge zwischen Medienkonsum, digitalen Filterblasen und gesellschaftlicher Spaltung standen im Mittelpunkt der Weiterbildung. Gemeinsam mit LOGO Jugendmanagement und dem Steirischen Dachverband der offenen Jugendarbeit wurde zudem ein Leitfaden für Digitale Jugendarbeit und Social Media publiziert.

Smarte Infrastrukturen für Digitalisierung und Wissenstransfer

Leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind eine wichtige Voraussetzung für smarte digitale Anwendungen und Lösungen. In der Steiermark wurden deshalb wichtige, auf Digitalisierung und Wissenstransfer ausgerichtete Infrastrukturen geschaffen. Mit dem DATA HOUSE wurde ein Innovationscluster für Data Sciences am Campus Inffeldgasse der TU Graz errichtet, der unterschiedliche Formen der Forschung rund um Datenanalyse und Datenmanagement bündelt. Außerdem wurde das EBS-Center (Electronics Based Systems) aufgebaut, das thematische Forschung rund um Elektronik, Mikroelektronik, Sensorik und Informatik betreibt. Diese Infrastrukturen zielen

darauf ab, Technologietransfer und Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu unterstützen. Beide Projekte wurden von der Europäischen Union (EFRE) und vom Land Steiermark gefördert.

PantherWeb: Steirisches Kulturerbe digitalisieren

Im Kulturland Steiermark wird die Verbindung von Tradition und Innovation in vielfacher Weise forciert. Die Digitalisierung ist dabei ein willkommener Ansatz auch zur Stärkung der Museumslandschaft. Die Sammlungsobjektdatenbank PantherWeb des Landes Steiermark schafft eine nachhaltige Basis, um Wissen und Geschichten über gemeinsames steirisches Kulturerbe für nachkommende Generationen zu sichern. Museen und Sammlungen, die öffentlich zugänglich sind und deren Trägerin nicht das Land Steiermark ist, können die PantherWeb-Sammlungsobjektdatenbank kostenfrei zur Inventarisierung ihrer Museumsobjekte nutzen. Die teilnehmenden Museen und Sammlungen werden dadurch organisatorisch und wirtschaftlich entlastet.

Sie können mittels Internet-Browser von unterschiedlichen Endgeräten gleichzeitig auf das Datenbanksystem zugreifen. Einheitliche Datenbankmasken und ein standardisiertes Vokabular sichern Qualität und Weiternutzung der digitalen Objektdaten. Alle Teilnehmer:innen werden durch Applikationssupport (Land Steiermark) und museumswissenschaftlichen Support (Museumsforum Steiermark) bei der Nutzung von PantherWeb unterstützt.



TIROL



Smarte Wege für alle

Das Land Tirol setzt smarte digitale Lösungen in vielen Bereichen ein – von der Wegewartung über Feuerwehr-Einsatzinformationen bis zum Naturschutz. Auch Leistungen für Familien werden digital smart gemanagt.

Digitaler Familienpass: Smartes Gutschein-Management

Mit der App „Digitaler Familienpass“ hat das Land Tirol das bestehende Gutscheinheft für Familienpass-Inhaber digital weiterentwickelt. Für Familien bedeutet das: Gutscheine können bei Vorteilsgebern einfach via Smartphone eingelöst werden. Besonders praktisch sind die Suchfunktionen: Alle Vorteilsgeber werden auf einer interaktiven Landkarte dargestellt. Man kann sie nach unterschiedlichen Kriterien suchen und finden. Änderungen, Aktualisierungen und Korrekturen (z.B. bei Kontaktdaten oder bei Informationstexten) können jederzeit vorgenommen werden. Der Digitale Familienpass ist damit stets top-aktuell.

Während die Passinhaber:innen die Gutscheine ohne Papierabriss unkompliziert über die Land Tirol App einlösen, erhalten die Vorteilsgeber täglich eine Auswertung der eingelösten Gutscheine übermittelt. Der aufwendige und kostenintensive Druck des Gutscheinheftes ist nicht mehr nötig. Die 2022 entwickelte App-Lösung war im Sommer 2023 bereits auf mehr als 40.000 Endgeräten installiert.

„Contwise Infra“: Richtige Wege für alle

Tirol fördert den Bau bzw. notwendige Instandhaltungsarbeit am Tiroler Wander-, Bergwege- und Mountainbikeroutennetz. Mit dem Programm „Bergwelt Tirol – Miteinander Erleben“ wird zudem die Entflechtung von konkurrierenden Nutzungsansprüchen – etwa zwischen Sport und Forstwirtschaft – im Freiland forciert. Dafür gibt es smarte digitale Unterstützung: Mit der Anwendung Contwise Infra können Wegsperrungen und der Zustand von Wegen-



Landesamtsdirektor
Dr. Herbert Forster

lagen bzw. der Beschilderung vor Ort lagerichtig – mit mobilen Geräten direkt vor Ort – erfasst und dokumentiert werden. Diese Informationen werden den Systempartnern (z.B. Tourismusverbänden) über eine Schnittstelle in deren Systemen und touristischen Kartendarstellungen zur Verfügung gestellt. Das erleichtert u. a. die richtige Tourenplanung und reduziert Konflikte bzw. gefährliche Situationen. Zusätzlich ermöglicht die Anwendung eine effiziente und für alle Beteiligten transparente Kontrolle der Leitsysteme. Dies verbessert Besucherlenkung, Sicherheit und Naturerlebnis von Einheimischen und Gästen.

Örtliche Einsatzinformationen

Mit der webGIS-Anwendung „tiris OEI – Örtliche Einsatzinformationen“ können alle 357 Tiroler Feuerwehren örtlich relevante Einsatzinformationen digital erfassen. Dadurch sind die Einsatzkräfte bereits beim Ausrücken zum Einsatzort über die dortige Lage vorinformiert und optimal vorbereitet. Rund 60 unterschiedliche, einsatzrelevante Editierthemen stehen für eine Erfassung – angereichert mit dazugehörigen Skizzen, Dokumenten oder Bildern – zur Verfügung. Sämtliche Anwendungen stehen als Web-App oder als Desktopversion einer geschlossenen Benutzer:innengruppe zur Verfügung. Das Modul Wassereinsatz unterstützt bei Unfällen auf Tiroler Fließgewässern. Das Modul Löschwasserberechnung hilft bei der Herstellung einer Löschwasserbeförderung über lange Wegstrecken. Das Modul Digitalfunk visualisiert wiederum die verfügbare Netzabdeckung des digitalen Behördenfunknetzes „Digitalfunk BOS-Austria“. Dies unterstützt die einsatztaktische Planung für die Kommunikation im Anlassfall.



VOR ARLBERG



Smarte Zusammenarbeit

Vollkommen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im öffentlichen Sektor eröffnet Vorarlberg mit einer innovativen Social Intranet-Plattform



Landesamtsdirektor
Mag. Philipp Abbrederis

vConnect: Pionierplattform für Zusammenarbeit

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts haben das Land Vorarlberg und der Vorarlberger Gemeindeverband mit allen 96 Gemeinden eine Social Intranet-Plattform namens vConnect aufgebaut. Der Aufbau von vConnect in Vorarlberg stellt eine Pionierleistung in der Weiterentwicklung der Verwaltungskultur dar. Das System ermöglicht zielgerichtete Information und Kommunikation und eröffnet vollkommen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst. Grundlagen für die Plattform waren die 2021 aktualisierte Digitalisierungsstrategie „Verwaltung digital – Vorarlberg“ und das New Work-Programm „Schaffa4Future“. Die Plattform bringt zahlreiche Innovationen, wie eine völlig neue Qualität der Einbindung und Mitwirkung von Mitarbeitenden. Die Plattform stieß von Beginn an auf breite Akzeptanz und großen Zuspruch. Besondere Pluspunkte sind die intuitive Bedienung und der ortsungebundene Zugang.

Erste Adresse für Geoinformationen

Mit dem Geoportal des Landesamts für Vermessung und Geoinformation (vogis.vorarlberg.at) wurde ein öffentlicher und zentraler Zugangspunkt zu den Geoinformationen der Landesverwaltung geschaffen. Er steht sowohl interessierten Laien, als auch Fachleuten zur Verfügung. Die Suche nach Geo-Objekten (z.B. Adressen, Grundstücke) und Geodatensätzen führt mit nur wenigen Klicks zu Darstellung, Detailinformationen oder Daten-download. Die automatisierte, über Metadaten gesteuerte Bereitstellung der Geoinformationen aus den unterschiedlichsten Fachbereichen der Landesverwaltung ist ein wichtiger Beitrag für eine smarte digitale Infrastruktur des Landes.

Digitales Tool für Elementarpädagogik

Die Anwendung „KIBE“ bringt unterschiedliche digitale Module für die Elementarpädagogik, darunter die elektronische Erfassung der Erhebungsbögen für die Ermittlung der Sprachkompetenz (BESK, BESZ DaZ), die jährliche Eröffnungsmeldung sowie Ansuchen und Bearbeitung diverser Förderungen. Zusätzlich kann KIBE zur digitalen Abwicklung der komplexen Personalkostenförderung genutzt werden. Von dieser interkommunalen Anwendung profitieren nicht nur Mitarbeitende in den Gemeinden und im Amt der Landesregierung, sondern auch alle privaten Betreiber:innen von Einrichtungen im Bereich der Elementarpädagogik, die an KIBE angebunden sind.

Amtswege für alle online

„Amtswege Online“ eröffnet einen einfachen Zugang zu den Online-Services des Landes Vorarlberg, seiner Gemeinden und des Bundes. Neben dem zentralen Zugang, der Gliederung in Verwaltungsebenen und dem Überblick über alle vorhandenen Services bietet die Plattform zusätzlich eine Volltextsuche und einfache Filtermöglichkeiten nach Themengebieten. Der überwiegende Teil der enthaltenen Services wird automatisiert zur Verfügung gestellt und nützt Synergien, die durch die enge Zusammenarbeit von Land und Gemeinden im Bereich der Webformulare entstehen.

 WIEN



Digitale Service-Stadt

Wien entwickelte im Berichtszeitraum digitale Services für Bürger:innen und spezifische Zielgruppen gezielt weiter: Digitale Services sollen schnell, smart und personalisiert genutzt werden können.

„Mein.Wien“ auf einen Blick

Das Portal mein.wien ist die personalisierte Bürger:innen-Plattform für einen schnellen Zugang zu den digitalen Services der Stadt Wien. Im Berichtszeitraum wurden Mein.Wien (440.000 Konten) und die Stadt Wien App (370.000 Downloads) zusammengeführt. Damit können sich die 440.000 Stadt Wien-User:innen am Handy anmelden und haben direkt Zugriff auf alle Amtswege und Services von Mein.Wien. Durch die Zusammenführung der beiden Produkte zu „Mein Wien auf einen Blick“ stehen den Nutzer:innen personalisierte Informationen – von Veranstaltungen bis zu e-Tankstellen – rund um das eigene Grätzl zur Verfügung.

„BRISE“ für Wohnbau

Im Jahr 2021 wurden 14.800 neue Wohnungen in Wien bewilligt und 14.132 Bauverfahren bei der Stadt Wien eingereicht. Diese wurden bisher in mehrstufigen, papierbasierten Prozessen abgewickelt, was ein analoges Aktenarchiv bestehend aus ca. 200 Tonnen Papier und eine durchschnittliche Verfahrensdauer pro Antrag von einem Jahr bewirkte. Vor diesem Hintergrund wurde mit dem Projekt BRISE (Building Regulations Information for Submission Involvement) eine innovative und smarte eGovernment Lösung für ein alle Bereiche umfassendes Baubewilligungsverfahren entwickelt. Der BRISE-Vienna Ansatz verbindet die Methode des technologiebasierten Planungswerkzeugs Building Information Modeling (BIM) mit Künstlicher Intelligenz (wie etwa Legal-Tech) und Augmented Reality zu einem umfassenden, durchgängig digitalen und automatisierten Genehmigungsverfahren. Der Einbezug von KI ermöglicht eine (teil)automatisierte Prüfung von u.a. juristischen und standortspezifischen Rahmenbedingungen und unterstützt die Verwaltungs-Mitarbeiter:innen bei den behördlichen Verfahren. Ergänzend zur Weiter-



Landesamtsdirektor
Mag. Dietmar Griebler

entwicklung der digitalen Infrastruktur wurden Prozesse, Verantwortungen, Rollen und Organisationseinheiten innerhalb der Magistratsabteilungen an die modernen Anforderungen angepasst. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase – mit einer erreichten durchschnittlichen Verkürzung der Genehmigungsverfahren um 50 % – wird das System in die Regelprozesse integriert. Die Projekterkenntnisse werden auch auf andere Verwaltungsprozesse umgelegt.

Weiterentwicklung „WienBot“

Der WienBot soll als digitaler Assistent das Auffinden von Informationen rund um die Stadt Wien erleichtern, indem er direkte Antworten auf gestellte Fragen liefert. Hauptzielgruppe sind Bürger:innen. Mittlerweile hat der WienBot bereits über 13.000.000 Fragen beantwortet. Der WienBot ist in viele Anwendungen und Services integriert (Web-Widget, Signal-Messenger, WienBot-App, Stadt Wien-App, wien.gv.at-Suche, mein.wien). Inhalte liefert der Bot durch redaktionelle Betreuung sowie durch Abfrage verschiedener Datenquellen. Der WienBot speichert keine personenbezogenen Daten. Fragen werden lediglich anonymisiert verarbeitet. Ziele sind die verbesserte Erkennung von Anfragen und der Ausbau der gelieferten Antworten.

Cybercrime-Helpline

Mit der Cybercrime-Helpline bietet die Stadt Wien eine Erstanlaufstelle für Cyberkriminalität – etwa bei Online-Betrug, Online-Erpressung, Datenmissbrauch, Diebstahl von Identitätsdaten, Phishing-Attacken, Cybermobbing oder Online-Stalking. Die Hotline ist werktags von 7.30 bis 17 Uhr unter 01 4000-4006 erreichbar. Privatpersonen, die den Verdacht haben, Opfer von Internet-Kriminalität geworden zu sein, bekommen kostenlos erste Informationen und Handlungsempfehlungen. Zudem wird per Chat schriftliche Erstberatung geboten.

IMPRESSUM

Herausgeber und inhaltliche Verantwortlichkeit: Bundesministerium für Finanzen Johannesgasse 5, 1010 Wien, Österreich, www.digitalaustria.gv.at • Fotografie: Adobe Stock: Cover, S. 32, 33, 47, 56, 63 | Pexels: S. 14, 17, 27, 48, 69 | Unsplash: S. 18, 28 | iStock: S. 44 | Getty Images: S. 70, 72, 74, 80, 82, 86, 88, 90, 92 | 123RF: S. 22 | BMF: S. 6, 23, 53, 55 | Cajetan Perwein: S. 9 | Konstantin Böhm, BMDW: S. 16 | BMF/Ferreira Martins Schönauer: S. 16, 60 | Andy Wenzel, BKA: S. 7, 31, 54 | Konstantin Gastmann: S. 43 | Dunker, BKA: S. 46 | BMAW: S. 49 | NLK Reinberger: S. 50 | BMEIA: S. 53 | Pachauer, BMI: S. 57 | BMJ: S. 58 | BMKOES: S. 62 | Paul Gruber, BMLRT: S. 65 | Carina Karlovits, BMLV: S. 67 | Bundesheer/Klocko: S. 67 | Interfoto: S. 68 | Emmerich Mädl: S. 73 | Helge Bauer, LPD: S. 75 | LAD1/Pressedienst-Öffentlichkeitsarbeit: S. 79 | Peter Mayr/Land OÖ: S. 81 | Landesmedienquelle Salzburg: S. 83 | Jesse Streibl, Land Steiermark: S. 87 | Land Tirol: S. 89 | Caroline Abbiederis, Land Vorarlberg: S. 91 | Stadt Wien/Jobst: S. 93 | Reporting Plattform: S. 25 | BMF Register Kirnberger: S. 40 | aws-Förderkonfigurator: S. 49 | Virtuelle PH: S. 51 | Justiz Online: S. 59 | eAMA: S. 64, 65 | Kaerstin: S. 77 • Änderungen und Druckfehler vorbehalten • Wien, November 2023

